

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:
Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:
monatlich Ks 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährig 96.—
ganzjährig 192.—

Rückstellung von Manu-
skripten erfolgt nur bei Ein-
sendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme
des Montag täglich früh.

3. Jahrgang.

Mittwoch, 17. Oktober 1923.

Nr. 242.

Finanzkapital und Arbeitslosigkeit.

Im Verlaufe der kapitalistischen Entwicklung ist die Bedeutung des in den Banken konzentrierten Finanzkapitals gegenüber dem früher den Produktionsprozess beherrschenden Industrie- und Handelskapital gestiegen, die Banken haben sich Handel, Industrie und Landwirtschaft unterworfen. Diese Entwicklungstendenz der kapitalistischen Produktionsweise ist nach dem Kriege in verschärfter Weise hervorgetreten, die Banken haben sich immer neue Produktionszweige untertänig gemacht. Davon ist auch die Tschechoslowakei nicht ausgenommen, aus nationalen Gründen wurden die tschechischen Banken vom Staate auf jede mögliche Weise gefördert, das Finanzministerium stand in engstem Kontakt mit der allergrößten tschechischen Bank und im Laufe der jetzt zwei Jahre währenden Krise des Wirtschaftslebens konnten einzelne große industrielle Betriebe nur dadurch gerettet werden, daß sie sich vollständig unter das Szepter irgend einer Bank begaben. Obwohl der von den Banken bewerkstelligte Konzentrationsprozess im Sinne der wirtschaftlichen Entwicklung liegt, hat sich andererseits auch die Uebermacht der Banken als Hemmnis der wirtschaftlichen Entwicklung in der Tschechoslowakei erwiesen. Zum ersten Male ist das mit aller Deutlichkeit hervorgetreten, als das tschechoslowakische Finanzkapital unter Führung der Zivnotensbank mit aller Macht die tschechoslowakische Krone an den ausländischen Börsen hinauftrieb, wodurch die Produktionskosten der Industrie erhöht wurden und die Krise in der Tschechoslowakei über ihr weltwirtschaftliches Ausmaß hinaus gesteigert wurde. Auch gegenwärtig zeigt sich das ungezügelt profitstrebende Finanzkapital als Hindernis der wirtschaftlichen Entwicklung, indem der Bankkredit, der selbstverständlich als Faktor in den Produktionskosten der Industrie gewertet werden muß, unangemessen hoch ist.

Die ökonomische Funktion des Finanzkapitals besteht innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsordnung darin, daß es das freiverwendbare Geldkapital aus bestimmten Produktionsphasen an sich zieht und es zu jenen Stellen des Produktionsprozesses leitet, an denen es gerade notwendig ist. Je weiter die Konzentration des Kapitals und die Zentralisation der Betriebe vorwärtsschreitet, desto größer werden die Kapitalien, die zur Führung der Betriebe notwendig sind, desto mehr sind die industriellen Unternehmer auf den Kredit der Banken angewiesen. Dadurch kommen die Banken in die Lage, den Unternehmungen zu diktiert und durch einen hohen Zinsfuß an den gewährten Krediten große Gewinne zu erzielen. Trotzdem wir gegenwärtig in der Tschechoslowakei eine bedeutende Geldflüssigkeit haben, die zum Teil eine Folge der aktiven Zahlungsbilanz, zum Teil eine Folge der Wirtschaftskrise ist (durch die Stilllegung und Einschränkung der Betriebe findet das Kapital keine Anlagemöglichkeit), haben wir einen hohen Zinsfuß, der sich einschließend verschieder Proportionen und Nebenweisen auf ungefähr neun Prozent stellen dürfte. Soll die Möglichkeit der Belebung der Industrie gegeben ist, ausgenutzt werden, dann ist die Herabsetzung des Zinsfußes eine unbedingte Notwendigkeit.

Freilich werden sich die mächtigen Banken gegen eine Schwächung ihres Verdienstes wehren. Sie haben sich im Kriege und nach dem Kriege an ganz ungewöhnlich hohe Gewinne gewöhnt, die sie in den letzten Jahren aus den Kursschwankungen verschiedener europäischer Währungen gezogen haben. Diese Gewinnquellen sind nun zum Teil verschüttet und die Banken werden sich deswegen um so weniger eine Beschränkung der Gewinne, die aus der Kreditgewährung an die Industrie erfließen, gefallen lassen.

Nun wird man fragen, ob denn die Re-

Eine Milliarde Papiermark = eine Rentenmark.

Das Ende des Marksturzes?

Berlin, 16. Oktober. (Eigenbericht.) Die Mitteilungen über die neu zu schaffende Währung lassen erkennen, daß es sich vorläufig um ein Uebergangsstadium handelt, wie es etwa den Entwürfen des Genossen Hilferding entspricht. Das neue Geld wird Rentenmark heißen und durch die Garantie der Landwirtschaft, Industrie, der Banken und des Handels gesichert sein. Die Papiermark wird vorläufig beibehalten, es ist aber möglich, daß man eine Devaluation vornehmen wird, indem der Nennwert von einer Milliarde auf eine Mark herabgesetzt wird. Es ist wahrscheinlich, daß das neue Geld wertbestän-

digen Charakter annehmen wird, und da die Notenpresse so schnell wie möglich stillgelegt werden soll, dürfen auch die Schwankungen der Papiermark aufhören. Voraussetzung dazu ist allerdings die Herstellung des Gleichgewichtes im Staatshaushalt, das nur dann erreicht werden kann, wenn endlich die Reparationsfrage gelöst ist und Deutschland weiß, was es zu zahlen hat. Für die Gewerkschaften entsteht jetzt die Aufgabe, die Arbeiter davor zu schützen, daß sie mit Papiergeld abgefertigt werden, während im Waren- und Bankenverkehr Goldwährung gilt.

Poincaré empfängt heute den Vertreter Deutschlands in Paris.

Berlin, 16. Oktober. (Eigenbericht.) In der Pariser Presse wurde mitgeteilt, daß Mittwoch eine neue Unterredung zwischen Poincaré und dem deutschen Geschäftsträger stattfinden wird. Diese Meldung wird an hiesiger amtlicher Stelle bestätigt.

Die Reichsregierung will über die Reorganisation der Arbeit im Ruhrgebiet verhandeln,

außerdem aber auch das Reparationsproblem berühren. Ueber das, was die deutsche Regierung vorschlägt, sind noch keine Einzelheiten bekannt, ab. es scheint, als ob sie darauf verzichten wolle, ein neues Angebot zu machen, weil sie der Ansicht sei, daß bei der augenblicklichen finanziellen Zerrüttung des Reiches die materielle Grundlage dafür nicht vorhanden sei.

Hungertumulte in Berlin.

Hungernde Erwerbslose verlangen Brot- und Kohlebeihilfen. — Zusammenstöße mit der Polizei. — Nationalistische und antisemitische Provokateure an der Arbeit.

Berlin, 16. Oktober. (Eigenbericht.) Väter hatten sich die Lebensmittelurruhen auf eine Reihe von Orten im Reich beschränkt, heute aber kam es auch in Berlin zu Hungertumulten. In den östlichen Teilen Berlins sammelten sich große Züge erwerbsloser Frauen, die nach dem Rathaus zogen, um dem Magistrat Forderungen vorzulegen. Der Oberbürgermeister empfing eine Deputation, welche die Forderungen der Erwerbslosen auf Verteilung von Geld sowie auf Beihilfen an Brot, Kohle usw. unterbreitete. In den nächsten Tagen sollen eine Reihe von Einrichtungen geschaffen werden, von denen sich der Magistrat eine Besserung der Lage der Erwerbslosen verspricht. In den umliegenden Straßen kam es wiederholt zu Zusammenstößen mit der Schutzpolizei, die mehrfach mit der blanken Waffe einritt und eine Anzahl Demonstranten verwundete.

An einer Stelle wurde scharf geschossen, da sich die Polizeibeamten bedrückt fühlten. Ein Teil der Erwerbslosen zog vor die Börse und versuchte, in das Innere einzudringen; es wurde hierbei beobachtet, daß hier nationalitische Elemente die erregte Menge zu antisemitischen Ausschreitungen zu veranlassen suchten. Nachmittags trat wieder Ruhe ein. Es ist aber zu befürchten, daß die Unruhen sich wiederholen werden, da die Einnahmen der Erwerbslosen bei der ungeheuren Teuerung nicht einmal dazu ausreichen, den nackten Hunger zu stillen.

Mannheim, 16. Oktober. (Wolff.) Um 4 Uhr nachmittags fanden auf dem Marktplatz neue Zusammenstöße zwischen Erwerbslosen und Polizei statt. Eine Zivilperson wurde getötet, ein Polizeioberwachmeister schwer verletzt. Die Unruhen dauerten gegen 7 Uhr abends noch an.

gierung keinen Einfluß hat, auf die Banken in dem Sinne einer Herabsetzung des Zinsfußes einzuwirken. Die Regierung hat aber gegenüber den Banken keine freie Hand. Sie arbeitet in der Staatswirtschaft Jahr um Jahr mit Fehlbeträgen, die sie durch kurzfristige Anleihen bei den Banken deckt. Sie ist nicht imstande, in der Bevölkerung selbst langfristige Anleihen unterzubringen und nimmt daher bei den Banken ständig Vorstöße auf. Die Defizitwirtschaft des tschechoslowakischen Staates erhält ihn in ständiger Abhängigkeit von den Banken, so daß das wirtschaftlich Notwendige nicht geschehen kann. Gewiß hätte die Regierung, wenn sie wollte, trotz alledem die Möglichkeit, auf die Banken in dem angebotenen Sinne einzuwirken. Man müßte nur die Banken daran erinnern, daß auch ihr Bestand nicht ewig sei, und daß auch einmal das Ende ihrer Herrschaft kommen wird. Freilich könnten solche Maßnahmen nur von einer Regierung ausgehen, die den bürgerlichen Respekt vor dem Privateigentum nicht hätte. Je weiter die Entwicklung der kapitalistischen Privateigentums-

wirtschaft fortschreitet, um so stärker wird die Macht der Banken zur Geltung kommen.

So wie der Profit des Industrie- und Handelskapitals — wie wir gestern dargelegt haben — so ist auch der Profit des Finanzkapitals zum Hindernis der wirtschaftlichen Entwicklung geworden. Der hohe Zinsfuß erhöht die Produktionskosten der Industrie, erschüttert ihre Konkurrenzfähigkeit am Weltmarkt, hemmt den Export, droht den Konsum im Inland und macht, nebst den anderen kapitalistischen Faktoren, die Arbeitslosigkeit zu einer ständigen Erscheinung. Die ökonomische Entwicklung gerät in immer größeren Widerspruch zu den Profite des Handels, des Industrie, des Agrar- und des Finanzkapitals. Diesen Widerspruch kann der Kapitalismus nicht lösen. Wohl ist der Kapitalismus in den letzten zwei Jahren erstarbt. Aber je mehr er erstarbt, desto größer werden seine inneren Widersprüche, und je kräftiger die kapitalistische Gesellschaftsordnung zu sein scheint, in desto größerem Maße erzeugt sie ihre eigenen Totengräber.

Siedlung und Selbsthilfe.

Wie wir bereits in dem Berichte über den deutschen Wohnungsfürsorgetag in Komotau erwähnt haben, erlittete der bekannte Siedlungssachmann Dr. Paul Kampmeyer, Wien-Karlruhe zum Abschluß dieser Tagung ein Referat über Siedlung und Selbsthilfe. Im Verlaufe seines Vortrages schilderte er hauptsächlich die Erfahrungen der österreichischen Siedlungsbewegung, bei welcher das Prinzip der Selbsthilfe am meisten in den Vordergrund gerückt worden ist. Wertwärdig ist, daß die österreichische Siedlungsbewegung ihren Ausgangspunkt nicht von der Wohnungsnot, sondern von der Lebensmittelnot der Kriegsjahre genommen hat. Im Kriege fand in Folge des Lebensmittelmangels die Kleingartenbewegung in der näheren und ferneren Umgebung Wiens einen mächtigen Aufschwung. Die Zahl der sogenannten Schrebergärten in der Nähe der Hauptstadt bezifferte sich beim Umsturz auf 20.000, ist aber bald auf 70.000 gestiegen. Das brachte es automatisch mit sich, daß die Leute, zu bauen begannen. Inzwischen sind Tausende von Wienern dazu übergegangen, im Sommer in ihren Kleingärten zu bauen, haben sich dort Unterkunftsorte geschaffen und in vielen Fällen dazu eine Kleintierzucht eingerichtet. Die Wohnungsdirektion hat gleichfalls mitgeholfen, diese Bewegung zu fördern. Die Errichtung der zahlreichen Gartenhäuschen vollzog sich zunächst ohne behördliche Erlaubnis. Erst später ist die Gemeinde Wien darangegangen, diese elementare Bewegung in geordnete Bahnen zu lenken. Ein staatliches Wohn- und Siedlungsamt wurde geschaffen, weiter errichtete die Gemeinde Wien ein eigenes Siedlungsamt und eine Kleingartenstelle. Die Einrichtungen pflegen die engste Zusammenarbeit mit den Organisationen der Siedler. Der österreichische Verband für Siedlungs- und Kleingartenwesen, der vornehmlich in Frage kommt, umfaßt derzeit 250 Organisationen mit rund 30.000 Mitgliedern und gibt eine eigene Zeitschrift: „Der Kleingärtner“ in einer Auflage von 30.000 Exemplaren heraus. Zur Beratung der Siedler besteht in Wien ein eigenes Gartenstelle. Ein ausgedehntes Erziehungs- und Siedlungsamt vermittelt in annähernd 700 monatlichen Vorträgen die Ideen der Siedlung und der Wohnungsreform den breiten Massen der Bevölkerung. Die Kleintierzucht werden von einer Kleintierzucht berufen. Ein eigenes Baubüro, in welchem ein Ehrfurcht mit zehn Mitarbeitern tätig ist, sammelt auf benutzten Gebiete Erfahrungen und gibt sie an die Interessenten weiter. Die Wirtschaftskraft der Siedler ist in einer Warenhandlung zusammengefaßt, die ihnen guten Konsum und preiswerte Möbel verschafft und dabei manches zu ihrer kulturellen Hebung beiträgt. Durch die Stadtwirtschaft ist auch ein Wohnungs- und Gesundheitsreferat geschaffen worden, das die hygienische Seite der Siedlungsbewegung zu betonen hat. Ferner besteht eine Bodenstelle, eine Versicherungsteilung und eine Rechtsauskunftsstelle. Mit den Organisationen der Bauarbeiter und der Mieter hat der Verband für Siedlungs- und Kleingartenwesen eine Siedlungs-, Wohnungs- und Baugilde geschaffen.

Die Gemeinde Wien steht grundsätzlich auf dem Standpunkte, daß bei Siedlungsbauern die durch Opfer öffentlicher Körperkassen erbaute werden, das Privateigentum ausgeschlossen ist. Sie bezeugen daher das Baurecht auf dem zu Siedlungswecken abgetretenen Boden mit dreißig Jahren. Weiter hält sie es mit dem Grundsatze, daß die Genossenschaften die Träger der gemeinnützigen Wohnungsfürsorge sein sollen. Auch die von der Gemeinde in Eigenregie erbauten Häuser werden in genossenschaftliche Verwaltung übergeben. Um das gemeinnützige Bauwesen von der Bevormundung durch private Kartelle zu befreien, hat die Siedlerorganisation in Gemeinschaft mit Wien und dem Bund (Staat) ein Baustoffbeschaffungsstelle, die „Gesiba“ errichtet, durch die alle Materialbestellungen zentral verwaltet werden. Außerdem wird durch eine Treuhandstelle der Gemeinde Wien ein Betrag von fünf Milliarden den Siedlern zur Erbauung sogenannter Kernhäuser als Darlehen zur Verfügung gestellt.

Genosse Kampmeyer machte dann eine Reihe interessanter Mitteilungen über die praktische Siedlungsarbeit in Deutschösterreich. Schon von allem Anfang an war ein reges Genossenschaftsleben zu bemerken, das sich inzwi-

schon bewährt und geübt hat. So z. B. leisten die Siedlungsgenossenschaften einen großen Teil der notwendigen Bauarbeit selbst, nur die Facharbeiten werden von Fachkräften bestritten. Jeder Wohnungsbewerber muß 1500—2000 Stunden un- sonst arbeiten, einzelne Genossenschaften haben sich 40 Prozent der Arbeiten selbst bestritten, ja noch mehr: soweit qualifizierte Bauarbeiter an den Genossenschaften beteiligt waren, wurden ganze Hün- ferguppen durch unbezahlte Arbeit ersetzt. Am besten bewährt haben sich die sogenannten ge- mischten Genossenschaften, wo Leute aller Berufsstände vereinigt waren. Sonst aber hat sich im österreichischen Siedlungswesen das Prinzip der Selbsthilfe glänzend durchgesetzt. Die guten Resultate waren aber — wie Redner ausdrücklich feststellte — nur möglich, durch enge Fühlung der Siedlungsbewegung mit den Massen der Werkstät- tigen und durch die rege Unterstützung, welche die Arbeiterführer der Sache angedeihen ließen. Bis jetzt sind 1500 Siedlungshäuser gebaut worden. Das Wohnungsbauprogramm der Gemeinde Wien, die in den nächsten Jahren die Erbauung von 25.000 neuen Wohnungen plant, bietet Aussicht, daß sich die Zahl der Siedlungshäuser bald fast verdoppeln wird. Zwischen Stadt und Land — so schloß Kampfmeyer seine glänzenden Ausführungen — sieht der Spaten, Kund und die Städte wird sich in Zukunft ein Kranz blü- hender, intensiv bewirtschafteter Gärten legen. Die Stellung zum Städtebau hat in den letzten zwölf Jahren eine grundlegende Aenderung erfahren. Im Mittelpunkt dieser Bewegung steht nicht mehr ein Landesbauer, der seine Residenz mit einigen Prachtbauten verschönern will, sondern die organisierte Masse, die als Städtegründerin auftritt. Die Kunst der Zukunft ist der Städtebau, der sich nach einer sozialen Architek- tur entwickeln wird.

Das Reserat Kampfmeyers fand bei allen Teilnehmern der Wohnungsfürsorge tagung reiche Beifall. Auch der Vertreter der tschechischen Re- gierung, der tagsgewar den Abbau des Miet- schutzes angeklagt, gab in begeisterten Worten seine Zustimmung kund. Was aber auf der Tagung unangefprochen blieb, ist die Tatsache, daß die verbildliche und bahnbrechende Wohnungsreform- und Siedlungsbewegung in der Hauptstadt Öster- reichs nur deshalb so prächtig gedeihen kann, weil Wien von einer sozialdemokratischen Mehrheit beherrscht wird, weil in Deutschösterreich eine geschlossene und machtreiche Arbeiterbewegung mit ungekümmerter Kraft auf allen Ge- bieten des sozialen Fortschritts Bahn bricht. Das mögen die antezimaten Ideologen beherzigen, die vermeinen, daß auf dem Boden der kapitalistischen Gesellschaftsordnung eine durchgeführte soziale Reformarbeit ans Ziel ge- langen kann.

Der Berliner Kurs gegen das republikanische Sammel.

Berlin, 16. Oktober. Die „Magdeburgerische Zeitung“ meldet: Das Reichsamt beschloß die Anwendung der Reichsexekutive gegen den Freistaat Sachsen, falls die Auflösung der roten Hundertschaften nicht bis zum 20. Ok- tober durchgeführt ist. Auch Thüringen ist heute zur sofortigen Entwaffnung der proletari- schen Organisationen aufgefordert worden.

Musikalische Volksbibliotheken.

Von Edmund Janetschel.

Unsere an musikalischen Schlagwörtern so reiche Zeit hat auch das „musikalische Volksbibliotheken“ hervorgebracht und sogar ver- sucht, es hier und da in die Wirklichkeit umzu- setzen. Wenn der Erfolg dieser im Interesse des Volks- wohles bewirkten und darum nicht genug an- erkennenden Versuche hinter den Erwartungen ihrer wagemutigen Unternehmer zurückblieb, tra- gen die falschen Voraussetzungen die Schuld, unter denen man die Schaffung musikalischer Volksbibliotheken für möglich hielt. Denn wer eine Musikbibliothek für das Volk errichten will, muß sich zunächst Rechenschaft darüber geben und die Frage vorlegen, ob diese bei dem gegenwärtigen Musikbildungsgrade unseres Volkes ihren Zweck erfüllen kann. Das konkrete Beispiel der zu Anfang dieses Jahrhunderts von dem Musik- gelehrten Dr. Paul Marip in München ein- gerichteten „Musikalischen Volksbibliothek“ und ihre alsbaldige Namensänderung in „Deutscher Musikbibliothek“ hat diese Frage eher im ver- neinenden Sinne beantwortet.

Dr. Marip als berufenster und praktisch er- fahrener Vertreter der Idee der musikalischen Volksbibliotheken, hat vor etlichen Jahren auch in Prag einen Propaganda-Vortrag über diese Bibliotheken gehalten, in dem er sich ausführlich über deren Zweck und Einrichtung veräußerte. Aber seine damaligen Ausführungen zeigten Wi- tersprüche auf, die eine wirkliche Brauchbarkeit der musikalischen Volksbibliotheken für das eigen- liche Volk fragwürdig erscheinen ließen. Marip verlangte nämlich unter anderem als eine der Vorbedingungen für die Brauchbarkeit der von ihm propagierten Volks-Musikbibliotheken, in dem er sozusagen den Begriff „Volk“ mit „Arbeiter- stand“ identifizierte, und mit Recht die ausschließliche und zweckentsprechende Verwendung der Volks- und populären Konzerte sowie ähn-

Berlin, 16. Oktober. Die sächsische Regierung erläßt eine Erklärung, in der sie gegen das Verbot der proletarischen Hundertschaften Stellung nimmt. Die Regierung erklärt, daß sie gegen das Verbot grundsätzliche Bedenken habe, weil die Verfassungstreue und Entschlossenheit der proletarischen Hundertschaften, die Republik gegen alle Angriffe zu verteidigen, nicht bestritten werden könne. Sie werde ihre Bedenken auch in Berlin ernstlich zum Ausdruck bringen. Die sozialdemokratische „Dresd- ner Volkszeitung“ schreibt heute: Wir können ver- sichern, daß die Arbeiter in dem Augenblick in zweckentsprechender Form auf den Beinen sein werden, wenn es gilt, die bis heute verblichene- n Ergrungenheiten des 9. November zu verteidigen. Die Arbeiterschaft wird den Feinden der Republik zu jeder Stunde in organisierter Form entgegen- treten. Der Organisationsausschuß der proletari- schen Hundertschaften macht in Leipzig durch Maueronischlag bekannt, daß er nicht daran denke, sich aufzulösen. Er ruft die arbei- tende Bevölkerung vielmehr dazu an, in ver- stärkter Weise in die Hundertschaften einzu- treten.

Dresden, 16. Oktober. Das Wehrkreiskom- mando hat, gestützt auf die dem Befehlshaber durch das Gesetz zum Schutze der Republik über- tragenen vollziehende Gewalt, die Landespolizei und die Landesgendarmarie seinem unmittelbaren Befehle unterstellt.

Die sozialdemokratisch-kommunistische Regierung in Thüringen.

Drei sozialdemokratische, zwei kommunistische Minister.

Berlin, 16. Oktober. (Eigenbericht.) Im thüringischen Landtag wurde heute abends die Neubildung der Regierung entsprechend den Vereinbarungen zwischen der sozialdemokratischen und der kommunistischen Partei vorgenommen. Die Minister des Innern, der Finanzen und des Volksbildungswesens behalten die Sozial- demokraten, die Ministerien der Wirtschaft und der Justiz übernehmen die Kommunisten.

Die Entente bereitet einen neuen Reparationsplan vor.

London, 15. Oktober. (M.) Die englische, die französische und die italienische Regierung haben den Vorschlag der belgischen Regierung angenom- men, den Plan, nach welchem es möglich wäre, Barzahlungen von Deutschland zu erreichen, der Reparationskommission zur Prüfung vorzulegen. „Daily Telegraph“ schreibt, dieser Plan ähnele in einigen wichtigen Grundzügen dem deutschen Reparationsangebot des Kabinetts Cuno vom Monate Juni, welcher von der englischen Regie- rung als eine vernünftige Grundlage für die Verhandlungen mit Deutschland angesehen wurde.

Englands Verteidigungsorgen.

London, 15. Oktober. (M.) Die heutige Nach- mittagsitzung der Reichskammer war Fragen der Reichsverteidigung gewidmet. Es wurde beschlos- sen, im Hinblick auf den Charakter der zu diskutierenden Gegenstände in geheimen Sitzungen zu verhandeln. Die Konferenz vertagte sich sodann auf Mittwoch, wo die Verteidigung zur See zur Erörterung gelangen wird. Bei dieser Gelegenheit wird der Erste Lord der Admiralität Ameron Bericht erstatten. (Die Geheimdienste richtet sich vor allem gegen Frankreich, den Gegner von mor- gen.)

Italienische Sozialisten gegen Mussolini.

Rom, 15. Oktober. Der Parteitag der Unita- rier-Sozialisten für Süditalien hat nach längerer Debatte beschlossen, die schärfste Opposi- tion gegen die gegenwärtige Regie- rung fortzusetzen.

Das deutsche Ermächtigungsgesetz wird schon kopiert.

Warschau, 16. Oktober. Die innere Lage kennzeichnet der gestern verlaufene Aufruf an das Volk und ein in der Regierung nahestehen- den „Gazetta Warszawska“ heute erscheinender Artikel, in dem die Erteilung von erweiter- ter Vollmacht an die Regierung mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit einer beschleunig- ten Handlung sowohl auf dem Gebiete der Finanzen als auch zum Schutze der Ord- nung im Innern des Staates gefordert und diesbezüglich auf das deutsche Ermächti- gungsgesetz hingewiesen wird.

Nach dem erst heute veröffentlichten Aus- weise der polnischen Landesbankklasse vom 30. September beträgt die Verschuldung des Staates 10,265 Milliarden Mark, der Banknoten- umlauf 11,197 Milliarden. Der Banknoten- umlauf hat somit im Monate September um 4300 Milliarden Mark zugenommen.

Inland.

„Rückwärtsler Kampf gegen alle sozialpolitischen Errungenheiten!“

Die Unverschämtheit deutschnationaler Arbeiter- haffes.

Das schamlose Treiben der Deutschnationalen im Reiche, ihre Heße gegen die Arbeiterschaft, scheint den Gesinnungsgenossen der Wulle und Westarp auch hierzulande Mut zu geben. Die hiesige deutschnationale Presse führt jetzt, nach den Wahlen, eine arbeiterfeindliche Sprache, wie sie sie seit Jahren nicht zu sprechen wagte. In- sonderheit die deutschnationale Provinzpresse legt ihren Gefühlen nicht die geringsten Schranken auf. So erschien dieser Tage im Komotauer „Volkblatt“ aus der Feder eines Berliner Verichterstatters dieser Zeitung ein Artikel, in dem — mit Bezug auf Deutschland — folgendes zu lesen war:

„Neben der stillen Auseinandersetzung zwischen Parlamentarismus und Wirtschaft beginnt jetzt der offene Kampf zwischen Kapital und Arbeit“, der eingeleitet worden ist durch den Kampf um die Arbeitszeit. ... Das Rad hat sich gedreht, der Arbeiter ist nicht mehr der Tyrann des Betriebes. Damit ist die deutsche Revolution innerlich zu Ende, ihr Kind, der republikanische Staat, ist tot. Und wenn heute die Monarchie wieder käme — wir hätten keinen Wider- stand zu befürchten, wenn sie den Massen nur Arbeitsgelegenheit schafft. Alles ist zermürbt, hungert, friert; irgend ein Kampfwillen besteht nicht mehr. Und die Gewerkschaften haben kein Geld in den Taschen, an Streik ist nicht zu denken. ... „Rückwärtsler wird der Kampf — kaum kann man ihn noch so nennen — gegen alle die sozialpolitischen „Errungenheiten“ geführt wer- den; einen derartigen „Luxus“ können wir uns nicht mehr leisten. Tarifwesen und Be- triebsräte werden als äußere Formen bleiben, innerlich werden sie ausgeschlitt. Was in

Amerika vor zwei Jahren geschah, dann nach England herüberzuziehen, setzt auch in der Tschecho- slowakei zu Ende geführt wurde, beginnt nun auch in Deutschland: die natürliche Ausglei- chung der Interessen zwischen Kapi- tal und Arbeit. Der Lohn wird wieder zum Anteil am Ruhezustand der Arbeit, hört auf, etwas Willkürlich, häufig erzwan- gen festgesetztes zu sein. Die deutsche Kohle ist fast doppelt so teuer als die ausländische, weil die deutschen Bergarbeiter das Doppelte und Dreifache des Friedenslohnes erzwungen haben, aber nur pro Kopf zwei Drittel der Friedensar- beitung produzieren. Herabsetzung des Lohnes oder Verlängerung der Schichtzeit oder — beides, das wird jetzt auch in Deutschland durchgeführt werden.“

Das ist etwa nicht nur Wunsch und Hoff- nung der Deutschnationalen im Reiche, sondern das lehnt die deutschnationale Partei auch in der Tschechoslowakei herbei, sonst wird ihre Presse den reichsdeutschen Artikel kaum mit solchem Behagen abdrucken. Die „natürliche Ausgleichung zwischen Kapital und Arbeit“ (d. h. die schrankenlose Unterdrückung und Ausbeutung des Proletariats wie ehemals), „rückwärtsler Kampf gegen alle sozialpolitischen Errungenheiten“ (die diese Bande, wie die Ausführungsstadien zeigen, natür- lich nicht für Errungenheiten hält), Beseitigung der Lohnstarife, der Betriebsräte, Herabsetzung der Löhne, Verlängerung der Arbeitszeit, mach- lose Gewerkschaften — ein niedergeknüp- peltes Proletariat — das sind die Ziele der Deutschnationalen auch in diesem Staate. Zu- gelos token sie ihren Arbeiterhah in der Presse aus und wagen sich in der Hoffnung, ihre Ab- sichten — selbstverständlich zusammen mit der tschechischen Bourgeoisie — in die Tat umsetzen zu können.

Arbeiter, merkt auf! Es geht um euer Sein. Zorget dafür, daß nicht die Spur der Deutschna- tionalen Wünsche in Erfüllung gehe, schließt eure Reihen in den Klassenkampforganisationen des Proletariats, meidet die deutschnationale Presse, die euch beschimpft und verrät, wie die Best. Wir wollen Sorge tragen, daß den herrlichen Träumen der Bourgeoisie ein sehr unangenehmes Erwachen folgt.

Deutsch- und Tschechbürgertliche Arm in Arm. Die Wahl des Arummaner Bürgermei- sters und dessen Stellvertreter gab wieder einmal Gelegenheit, zu sehen, wie innig sich das Bürger- tum, gleichviel ob tschechisch oder deutsch, zusam- menzuschließen versteht, wenn es gegen die Arbei- ter geht, und wie sich bei solchem Anlaß alle na- tionalen Schwüre als inhaltlos, Phrasen heraus- stellen. Die Gemeindevahl ergab in Arumman 14 Mandate der bürgerlichen Wahlgemeinschaft, zwei nationalsozialistische, elf kommunistische, zwei deutsch-sozialdemokratische, fünf tschechisch-bürger- liche und zwei tschechisch-sozialdemokratische Man- date. Nachdem nun auf Anspruch der Kommunisten deren Vertreter, Dirschl, zum zweiten Bürgermei- ster gewählt worden war, wählten deutsche und tschechische Bürgerliche gemeinsam den Deutschnationalen Dr. Tannich zum Bürgermeister, und, wiederum gemein- sam den Tschechischbürgerlichen Dalkh zum ersten Vizebürgermeister. Die Tschechischbürgerlichen gaben also — ganz überflüssiger Weise, denn die 14 Stimmen der deutschbürg- lichen hätten genügt, dem Deutschnationalen und der treudeutschen Kuddelmuddel veranscherte sich, indem er dem tschechischen Bürgertum von Arumman, das sage und schreibe fünf Mandate beizigt, zur er-

Damit allein also ist dem Volke, das die Schrift und Sprache der Musik nicht beherrscht, nicht gebietet, daß ihm musikalische Werke zur Vernehmung freigestellt werden! Erst würde es gelten, Musik zum notwendigen Bedürfnis und Gemeingut des Volkes zu machen; vorerst aber ist sie noch zu sehr ein dem Luxus und Ver- gnügen der höheren Gesellschaftsklassen entsprun- gener Vorzugsbesitz derselben.

Der Mangel solcher Voraussetzungen aber zeigt auch gleich die Stelle, wo der Hebel anzu- setzen ist, die musikalischen Volksbibliotheken ihrem wahren Zweck näher zu bringen: Sie heißt Volkserziehung und Volksbildung. Unsere dem Volke am meisten zugängliche Kunst, die Dicht- kunst, ist längst ein selbstverständlicher Bestandteil unserer Volkserziehung und Volksbildung ge- worden; nun wollen wir endlich auch Raum für deren Herz und Gemüt veredelnde Schwesterkunst, für die Musik. Es ist hoch an der Zeit, daß sich die Schul-Lehrpläne, vornehmlich unserer Volksschulen, nicht nur damit begnügen, den Kindern unseres Volkes die notdürftigsten Ele- mentarkenntnisse der Musik zu vermitteln; Musik- literatur und Musikgeschichte wollen auch berück- sichtigt sein. Und wenn das A-B-C der Sprache mit dem Notensinnmaleins Hand in Hand ginge, müßten wir wohl längst auf einem ganz anderen Standpunkte angelangt sein!

Es scheint übrigens nach allem nicht anders möglich, als daß man mit dem Titel „Musika- lische Volksbibliotheken“ nur einen charakteristi- schen Ausdruck finden wollte, die Allgemeinheit dieser Einrichtung kenntlich zu machen, was ja auch die früher erwähnte Namensänderung der Münchener Musik-Volksbibliothek beweist. In diesem Sinne freilich, also nur für die große Dessenlichkeit berechnet, erscheint die Einrichtung musikalischer Volksbibliotheken von unschätzbarem Werte; denn es gibt unter den sogenannten breiten Schichten des Volkes, den schlichten Arbeiter, dessen Kinder sich der Musikkpflege in der oder jener Weise hingeben, mitinbegriffen, Hunderte und Tausende, die das Bedürfnis haben, kost-

spielige Werte, besonders neuerer Meister der Tonkunst, wertvolle Symphonien, Opernauszüge oder gar Partituren näher kennen zu lernen, sich eingehender mit denselben zu befassen, denen aber das Geld fehlt, dieselben zu eigenem Besitz zu erwerben. Jedenfalls müßten in diesen Biblio- theken insbesondere Schriften und Bücher über Musik Aufnahme finden; belehrende und er- klärende Werke, welche der Musikbildung dienen, und noch wichtiger sind als Notenbände für den praktischen Musikgebrauch. Denn diese Bücher sind, wenn sie nur einigermaßen gemeinverständ- lich geschrieben sind, für jedermann, also auch für den minder gebildeten Arbeiter, zugänglich und nützlich. Hierher gehören, um nur einige Beispiele anzuführen, Musikbiographien, volkstümliche musikgeschichtliche Werke, Bücher und Schrif- ten musikalischen Inhalts, populäre Führer durch die Opern- und Symphonien- literatur usw. Hierin liegt auch der Hauptwert solcher Volksbibliotheken für die musikliebende und musikstudierende Jugend, so daß wir alle Ursache haben, der Bildung und Gründung derartiger musikalischer Volksbibliotheken fördernd und hel- fend beizustehen.

Es wäre demnach aufrichtig zu wünschen, daß die Einrichtung von Musik-Volksbibliotheken oder öffentlichen Musikbibliotheken nicht mehr zu den seltenen Erscheinungen unseres sozialen Lebens gehören, sondern überall Eingang finden würde. Denn sind sie nur erst einmal vorhanden, dann werden sie, bis die Sünden unserer musika- lischen Volkserziehung gutgemacht sind, am Ende auch ihren eigentlichen, wahren Zweck erfüllen: „Dem Volke zu dienen und dem Volke zu ge- hören!“

Anmerkung. Wir möchten bei dieser Gele- genheit darauf aufmerksam machen, daß auch in Prag eine „Musikalische Volksbibliothek“ besteht, deren Verwaltung und Einrichtung die Deutsche Akademie für Musik und darstellende Kunst befragt, und deren Vernehmung allen interessierten Musikfreunden wärmstens empfohlen wird.

sten Vizebürgermeisterstelle verhält. Ist das nicht wahr und wieder, treu und offen — gegen die Arbeiterklasse? Ist das kein Beweis von der ungeheuren Internationalität des Bürgertums bei der Erhebung und Stützung seiner Machtpositionen? Um einen Bürgermeistersposten verlaufen sie ihre Erstgeburt und sämtliche nationalen „Belange“.

Die Herbstkampagne des Parlaments. Die letzten Vorbereitungen zur Eröffnung der Herbstsession des Parlaments werden getroffen. Den Hauptgegenstand der Verhandlungen des Parlaments wird naturgemäß das Finanzgesetz und der Staatsvoranschlag, kurzweg das Budget, genannt, bilden. Außer dem Budget soll noch die Sozialversicherungsvorlage und die Novellen zur Vermögensabgabe und die Vermögenswachststeuer verhandelt werden. Der Ministerpräsident dürfte das Wort nicht ergreifen, dagegen werden sowohl der Finanzminister als auch der Außenminister sprechen. Die Debatte über ihre Ausführungen wird wohl einige Sitzungen füllen. Bezüglich der Kürzungen der Ausgaben Seite im Budget verfahren die gestrigen Koalitionsblätter, daß diese Kürzungen in größerem Umfang durchgeführt werden, als den bisherigen Zeitungsnachrichten entspricht. Finanzminister Bedla ist Sonntag aus Karlsbad, wo er dem Ministerpräsidenten Swcha über das Budget Bericht erstattet hatte, nach Prag zurückgekehrt. Im Ganzen ist es gelungen, gegenüber dem Vorjahr die Ausgaben um etwa 3 Milliarden herabzusetzen, wobei auch die Notstands-Teuerungszuschläge der Staatsbeamten mitgenommen werden, die im vorigen Jahre in der Höhe von anderthalb Milliarden in ein besonderes Kreditgesetz aufgenommen wurden. Steuer werden sie infolge des Dezembergesetzes um etwas niedriger sein. Gegenüber den präliminieren Einnahmen von 16 Milliarden betragen die Ausgaben 18 Milliarden. Mit dem Budget wird sich Donnerstag der Ministerrat befassen. — Die Parteienberatungen im Abgeordnetenhaus dauern fort. Gestern vormittags beriet der Abgeordnetenkreis der tschechischen Nationalsozialisten, nachmittags berieten die Senatoren dieser Partei. Die Abgeordneten des Bundes der Landwirte treten heute zu einer Klubtagung zusammen, das Präsidium des Senates ist für Donnerstag zwei Uhr zu einer Sitzung einberufen.

Die Wählerfolge unserer Kleinbauern. Der „Verband der Kleinbauern und Häusler“, das ist der Verband der kleinen selbständigen Landwirte, hat in einer ganzen Reihe von Gemeinden, in denen es keine sozialdemokratischen Lokalorganisationen gibt, eigene Kandidatenlisten aufgestellt. Der Verband, dessen Führung unser Abgeordneter Genosse Leibl inne hat, hat nun in einer Menge von Orten beträchtliche Wählerfolge erzielt. Wir haben bereits in unserer Ausgabe vom 30. September über den Wahlausgang in 54 Orten berichtet, in denen der Verband der Kleinbauern 281 Gemeindevorsetzungsmandate erhielt. Der „Kleine Landwirt“, das vom Abgeordneten Genossen Schwescharz redigierte Organ des Verbandes, veröffentlicht nun neuerlich ein Verzeichnis von Wahlergebnissen, in denen der Kleinbauernverband überall gut abgeschnitten hat. Es handelt sich um 28 Orte, in denen der Verband 141 Mandate errang. Wir geben anbei die neue Liste wieder:

Table with 4 columns: Ort, Mandate, Partei, Mandate. Lists election results for various locations like Mäherrath, Bernau, Pranischau, etc.

Die tschechischen Solohn und der Sozialismus. In der tschechischen Turnervereinigung der „Solohn“ sind bekanntlich außer tschechischen Nationaldemokraten auch tsch. Nationalsozialisten organisiert. Die einzelnen Ortsgruppen der Solohn stehen aber unter dem Einfluß der an ihrer Spitze befindlichen Nationaldemokraten, da die Solohngruppen meistens denjenigen, der das meiste Geld zur Erbauung der Turnhallen, zur Anschaffung der Uniformen usw. ausgibt, zum Führer wählen. Ein Teil der tschechischen Nationalsozialisten sucht nun nach einem Ausweg aus dieser Situation und daraus dürfte sich auch ein Resolutionsantrag der Brünner Solohn erklären, die diese zum nächsten Solohnkongreß einbringen. In diesem Antrag wird nun gesagt: „Der siebente Kongreß der tschechischen Solohn-Gemeinde anerkennt, daß die von Fügner und Torsch betonten Grundzüge Gleichheit und Brüderlichkeit im Einklang stehen mit den Forderungen des Sozialismus, möge er nun als eine Gedankenrichtung für soziale Gerechtigkeit oder als Richtung, die Wert legt auf die Entwicklung und Interessen der Gesellschaft, ober schließlich als wirtschaftliche Frage aufgefaßt werden. In der Frage des Privateigentums steht die Solohnschaft auf dem Boden der Verfassung. Sie verteidigt aber nicht die Unantastbarkeit des Privateigentums dort, wo es das Ergebnis der Ausbeutung ist und sie verteidigt auch die Unantastbarkeit der Unternehmer dort nicht, wo diese Mittel der Ausbeutung sind. Sie schließt auch

Ein Eisenbahnunglück bei Mährisch-Ostrau.

Zwei Personenzüge zusammengestoßen. — Bis jetzt sechs Tote und zehn Schwerverletzte.

Mähr. - Ostrau, 16. Oktober. Heute kurz nach 10 Uhr vormittags ereignete sich auf der Friedekers Strecke ein großes Eisenbahnunglück. Zwischen Nattimow und Paslau stießen auf der offenen Strecke die beiden Personenzüge Nr. 2114 und Nr. 2127 zusammen. Die Züge sollen regelmäßig in der Station Nattimow kreuzen und in Folge der Verspätung des Friedekers Zuges sollten sie in Paslau kreuzen.

Die Schuld an dem Unglück soll den Abfertigungsbeamten in Paslau treffen. Zwanzig Minuten nach Bekanntwerden des Unfalles wurde aus Odersurt ein Hilfszug mit einer Sanitätsabteilung, Ingenieuren und Arbeitern unter Führung des Verkehrsleiters Lukas entandt. Der Personenzug der Nr. 2114 durch Unfälle ausreicht erhalten. Die Aufräumungsarbeiten werden ungefähr heute abends beendet sein.

Nach der bisherigen Untersuchung sind sechs Personen getötet, zehn schwer und einige leicht verletzt. Unter den Toten befindet sich auch der Maschinist der Nr. 2127. An die Unglücksstelle sind noch fünf Rettungsautos abgegangen.

Mähr.-Ostrau, 16. Oktober. Beim Zusammenstoß wurden fünf Personen getötet. Es sind dies: Karl Uherel aus Friedek, Emilie Petr

und M. Gabrdil aus Rejitz, die Postbeamten Ignaz Pravda und Ladislav Marf aus Odersurt. In das Krankenhaus nach Mähr.-Ostrau wurden insgesamt 14 Schwerverletzte aus dem Mährischen Jan in das Miesler 16 und nach Witschowitz ein tödlich Verletzter (Josef Zidek) gebracht. Außerdem wurden 30 Personen leicht verletzt, welche nach erster Hilfe in häusliche Pflege übergeben wurden. Beide Lokomotiven, vier Personen- und ein Dienstwagen samt der Post sind zertrümmert.

Was die Ursache der Katastrophe angeht, wurde festgestellt, daß die Schuld an derselben der Telegraphenbeamte aus Paslau Jellinek trägt. Wie Züge Nr. 2114 und 2127 kreuzen gewöhnlich in Nattimau. Nachdem in Paslau bei den Waggons des Friedekers Zuges die Weiche stark überhitzt war, schloß die Weiche ausnahmsweise in Paslau kreuzen. Der Paslauer Telegraphist machte den abfertigen Verkehrsbeamten jedoch zu spät auf die betreffende Depesche aufmerksam, so daß die Katastrophe trotz aller nachträglicher Maßnahmen nicht verhindert werden konnte. Am Unglücksorte sind Tausende von Neugierigen und viele Angehörige der Verunglückten erschienen.

nicht den Klassenkampf aus, das ist der Kampf gegen die Ausbeutung einer Klasse durch eine andere Klasse, so weit er mit Mitteln geführt wird, die den Gesetzen nicht widersprechen und zwar insbesondere in Fällen, in denen die Klassenunterdrückung die Unterdrückten zum Kampfe treibt. Wenn auch diese Resolution sehr unklar ist, und auch vieles, anstatt es klar anzupreisen, in einander vielfach widersprechende Verlautbarungen gehüllt wird, zeigt die Resolution doch, daß selbst in nationalistischen Kreisen soziale Gedankengänge sich Bahn brechen.

Die Nationalsozialisten als Hausherrenfreunde. In der letzten Sitzung der Brüxer Stadtvertretung stellte Genosse Wenzel den Dringlichkeitsantrag, einen von der sozialdemokratischen Fraktion eingebrachten Antrag auf eine fünfzigprozentige Herabsetzung des Mietzinses in den städtischen Neubauten sofort zu verhandeln. Mit den Stimmen aller Deutschbürgerlichen, einschließlich der Nationalsozialisten, wurde dem Antrage die Dringlichkeit aberkannt. Die Bewohner der Brüxer städtischen Neubauten können sich nun bei den nationalsozialistischen Arbeitervertretern dafür bedanken, daß sie den unerschwinglichen Mietzins weiterzahlen müssen.

Einwendungen gegen die Gemeindevorwahlen sind, wie von der politischen Landesverwaltung mitgeteilt wird, in nachstehenden Gemeinden abgewiesen worden: Dipsowitz, politischer Bezirk Raubitz, Dylau und Pflotschitz (Böhmisches Brod), Doffy (Kladno), Borowa (Polička), Ralestly (Melnik), Wittosch (Soaz), Redisort (Karlsbad), Zizky (Schlan), Chlum (Zemil), Böhmisches Bernschlag (Soa), Mačkov (Blatna), Alenowitz (Tabor), Dubowitz und Kralowitz. Die Wahlen wurden in den folgenden Gemeinden aufgehoben: Blizanow (Mittau), Jbelitow (Mühlhausen), Reischitz (Moldautzin), Liebau (Falkenau).

Ausland.

Die Anleihefrage vor der ungarischen Nationalversammlung.

Die ungarische Nationalversammlung hielt Montag den 15. Oktober eine Sitzung ab, in deren Verlauf Ministerpräsident Bethlen das Wort ergriff, um in einer kurzen Erklärung die Ergebnisse seiner Genfer Reise zu besprechen. Es sei zu erwarten, sagte er, daß die Reparationskommission in den nächsten Tagen den Völkerbund auffordern werde, Experten nach Budapest zu schicken, um den Anleiheentwurf auszuarbeiten. Dieser Entwurf müsse innerhalb des abgelaufenen dringlich durchberaten werden. Deshalb erlaube er das Haus, seine Sitzungen bis zum 6. November zu vertagen, in der Hoffnung, daß bis dahin die notwendigen Arbeiten in der Anleihefrage beendet sein werden.

Reidl (Soz.-Dem.) erklärte, die Ausführungen des Ministerpräsidenten nicht billigen zu können. Die Wiederherstellung des Landes könne durch eine andere Politik besser gefördert werden. Der Redner warf sodann eine Neuerung des Präsidenten Masaryk, die dieser bereits nach den Genfer Verhandlungen im Zusammenhange mit der ungarischen Anleihe gemacht habe. Aus diesen Neuerungen gehe hervor, daß es der ungarischen Regierung nicht gelungen sei, das Vertrauen des Auslandes zu erwerben. Da es notwendig sei, daß die Nationalversammlung ständig ihre Meinung zum Ausdruck bringen könne, forderte der Redner, daß sie nicht vertagt werde. Im weiteren Verlaufe der Sitzung ergriff Bethlen nochmals das Wort und erklärte, er wünsche die Vertagung des Hauses deshalb, damit der ruhige Verlauf der Anleiheverhandlungen nicht durch unbedachte Neuerungen eventuell gestört werde. Die Behauptung, als ob die Regierung jene Abgeordneten, die ein Bündnis mit der kleinen Entente befürwortet haben, des Vaterlandsverrates bezichtigt hatte, sei un-

wahr. Die Regierung habe eine solche Behauptung niemals aufgestellt. Auf Antrag des Präsidenten beschloß das Haus, die Vertagung auf unbestimmte Zeit zu vertagen und den Präsidenten zur Einberufung der nächsten Sitzung zu ermächtigen.

Präsident Masaryk in Paris.

Paris, 16. Oktober. (S. Was.) Präsident Masaryk ist heute vormittags in Paris eingetroffen. Das Bahnhofgebäude war mit französischen und tschechoslowakischen Fahnen geschmückt. Republikanische Gardien in Galauniformen und eine Ehrenkompanie republikanischer Gardien mit Fahnen und Musik waren zum Empfang aufgestellt. Als der Zug in die Station einfuhr, wurde eine Salve von 101 Kanonenschüssen abgegeben. Auf dem Bahnhofe waren erschienen Präsident Millerand, Senatspräsident Doumergue, Präsident der Deputiertenkammer Beret und die französische Regierung mit Ministerpräsidenten Poincaré an der Spitze.

Sodann wurde Masaryk in seine im Pariser Außenministerium bereitgestellte Wohnung geleitet. Nachmittags war er Gast des Pariser Munizipalrates; hier und später, bei einem ihm zu Ehren veranstalteten Festessen, wurden, wie es alter Potentatenbrauch ist, Reden gehalten.

Millerand sagte: Ihre Anwesenheit unter uns, Herr Präsident, ist ein Zeugnis, daß die so glücklich zwischen unseren beiden Nationen begonnene Zusammenarbeit erhalten werden wird. Beginnend während der großen Annäherungen, aus denen ein neuer Stand der Dinge hervorging, ist diese Zusammenarbeit heute nicht weniger notwendig. Wir erhoffen von ihr die glücklichsten Ergebnisse für die Erhaltung der Achtung vor den Verträgen, für die Gewährleistung der Erfüllung der übernommenen Verpflichtungen und der Erneuerung der europäischen Stabilität. Die in Mittel- und Osteuropa geschaffene Lage hat, wie Sie wissen, keinen aufrichtigeren und entschlosseneren Verteidiger als es Frankreich ist. Die Grundsätze der Gerechtigkeit und Ehrlichkeit, die Frankreich beherrschen, sind nach unserer Ansicht und nach der Ansicht der Tschechoslowakei die sichersten Garantien des Friedens, dem wir tief ergeben sind. . . .

Uebrigens ist in unserer gemeinsamen Politik nichts, was der wirtschaftlichen Wiederherstellung der übrigen Länder des Donaugebietes im Wege stünde. Frankreich wünscht nur, gerade so wie Sie, daß diese Länder die Verträge beobachten, daß sie ihre Reparationsverpflichtungen erfüllen und daß sie untrügerisch die Gedanken auf Wiederherstellung der definitiven beseitigten Regierung der Gewalt und Bedrückung ausgeben. . . . Da ich mir bewußt bin, Herr Präsident, daß Ihre wertvolle Mitarbeit uns für die Zukunft so gesichert ist, wie sie uns in der Vergangenheit sicher war, freue ich mich, wenn ich die Ansichten und die Tatkraft Ihres mit den Ansichten und dem Vorgehen der französischen Republik eng verbundenen Landes sehe. . . .

In seiner Antwort führte Präsident Masaryk u. a. aus:

Die Stimme des gallischen Hahnes ertönte bei Anbruch der neuen Ära stets als erste. Frankreich hat uns auf der Friedenskongferenz geholfen und sich gegenüber nach dem Kriegschlusse stets freundschaftlich verhalten. Ich erinnere nur an die Hilfe, welche uns die französische Regierung in so ausgiebiger Weise bei der Organisation des Heeres und bei anderen politischen Aktionen gewährt. Wir sind Frankreich aufrichtig dankbar und werden es stets bleiben. Sie können in Gutem und in Bösem auf uns rechnen. . . . Wenn ich jetzt nach dem Kriege über die Zukunft Europas nachdenke, sage ich mir: Europa hatte nach dem Kriege des Jahres 1870 nahezu 50 Jahre Frieden. Ich glaube, daß wir nach dem schrecklichen Weltkriege, welcher die

Nationen, auch die nichtkämpfenden, erschöpft hat, zum mindesten einen gleich langen Frieden haben werden. Ich selbst glaube, daß er viel, viel länger sein wird. . . . Wir bedürfen alle des Friedens, um durch konstruktive Arbeit die Folgen der allgemeinen Verarmung und des moralischen Verfalles, welcher sich durch den Krieg so fühlbar verstärkt und vermehrt hat, zu beseitigen. In der auswärtigen Politik haben wir unser Programm durch die Schaffung der sogenannten Kleinen Entente verkörpert. Gegenüber allen unseren Nachbarn richten wir uns nach der Norm, daß unser eigenes Interesse dazu führt, ihre Konsolidierung zu fördern. Beweis dessen ist insbesondere unsere Politik gegenüber Oesterreich und Ungarn. Wir arbeiten loyal und unermüdet an der Konsolidierung Zentraleuropas.

Wir haben schwere Aufgaben. Doch der in Frankreich und unter Führung Frankreichs abgeschlossene Friede hat gesunde Bedingungen für die Rekonstruktion Europas geschaffen.

Gehrier Herr Präsident, schloß Masaryk, Sie haben in Ihrer Ansprache auch meine Person berührt und taten dies in äußerst freundschaftlicher Weise. Ihre Persönlichkeit und Ihre unermüdete Arbeit sind mir seit langem bekannt. Sie wissen vielleicht kaum, daß ich mich mit Ihnen auch literarisch beschäftigt habe. Ich bin dessen nicht sicher, ob ich nicht irgendwie eine abweichende Anschauung geäußert habe. Umso glücklicher bin ich heute, mit Ihnen ohne Reserve übereinstimmen zu können. Wir respektieren die Friedensverhandlungen und halten an ihnen fest, weil sie im ganzen gerecht sind. Wir wünschen ehrlich den Frieden. Wir stimmen mit Ihnen überein, daß die Friedens-, insbesondere die Reparationsverpflichtungen ehrlich erfüllt werden sollen. In diesen prinzipiellen Fragen gibt es keinen Streit und kann es keinen solchen geben. . . .

In der Gliederung Europas gibt es noch einige Unvollkommenheiten, aber diese lassen sich durch eine friedliche Vereinbarung insgesamt beseitigen. Die Politik Frankreichs war in schwierigen Augenblicken Europas stets generös. Deshalb verlassen wir uns bei unserem Streben nach der Rekonstruktion Zentraleuropas und damit Europas überhaupt auf die Mitarbeit des generösen Frankreichs. . . .

London, 16. Oktober. Präsident Masaryk wird in Begleitung Dr. Beness am Sonntag aus Paris hier einreisen. Man erwartet, daß der Präsident an diesem Tage vom König empfangen wird. Dienstag fährt er auf einen Tag nach Oxford. Der Mittwoch wird mit verschiedenen Interviews ausgefüllt sein.

Hauptversammlung des Zentralverbandes der Angestellten.

Am 13. und 14. Oktober 1923 fand in Teplich-Schönan, Lindenhof, die ordentliche Hauptversammlung des Zentralverbandes der Angestellten in Industrie, Handel und Verkehr, Sitz Teplich-Schönan, statt.

Der gute Besuch bewies das erste Bestreben dieser Organisation und das Interesse der Ortsgruppen, in der Zeit der Krise gemeinsam mit der Hauptleitung das Beste für die Angestellten leisten zu können. Anwesend waren 72 Ortsgruppenbelegierte aus allen Teilen der Tschechoslowakei und 25 Gäste. Die Zentralgewerkschaftskommission des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Reichenberg, vertrat Genosse Abg. Schäfer; für die Zentralgewerkschaft der freigeberischen Angestelltenverbände, Prag, war Genosse Baumert; für die Vereinigung der Angestelltenorganisationen, Reichenberg, Genosse Kirchhof; für die Arbeitergewerkschaftskommission Teplich, Gen. Arbeiter, für den Handels- und Transportarbeiterverband, Aussig, Genosse Rase; für den Verband der Bau- und Sparkassenbeamten, Prag, Gen. Kollin erschienen.

Der Verbandsobmann Gen. Abg. Hirsch eröffnete die Hauptversammlung am 13. um drei Uhr nachmittags und gedachte nach einer anzuordnenden Begrüßungsansprache der vielen seit der vorhergehenden Hauptversammlung Verstorbenen, insbesondere des alten Kämpfers Koll. Zelenka in Wien. Sodann begrüßten die Gen. Schäfer, Baumert, Kollin und Rase mit warmen Worten die Hauptversammlung.

Begrüßungsschreiben waren u. a. eingelaufen vom Zentralverband der Angestellten in Berlin, Bund der technischen Angestellten und Beamten in Berlin, Allgemeinen freien Angestelltenbund in Berlin, Bund der Industrieangestellten Oesterreichs in Wien, Internationalen Bund der Privatangestellten in Amsterdam u. v. a.

Nach Verlesung dieser Begrüßungen und Erledigung der Formalitäten wurde in die Tagesordnung eingegangen. Zunächst sprach Genosse Hirsch zu dem gedruckt vorliegenden Tätigkeitsbericht der Zentralleitung. Dem Verband ist es gelungen, für die Angestelltenchaft bedeutende Erfolge zu erzielen. Es war Aufgabe der Verbandsleitung, die zusammengeschlossenen Gruppen zu einem festen Ganzen zu vereinigen und dies ist ihr auch dank der Mitarbeit der Kollegen gelungen. In allen den vielen die Angestellten betreffenden Fragen, vor die wir gestellt wurden, haben wir jederzeit unser Bestes getan, und auf dem Gebiete der Sozialpolitik so manchen schönen Erfolg errungen. Es sei auch jetzt in der Zeit der Krise kein Grund zum Pessimismus. Der Zentralverband der Angestellten wird auch diese unversehrt überstehen, wenn die Mitglieder die Leitung in jeder Art und Weise unterstützen werden.

Konsumvereine, Prag II, Hühnerplatz 4. Bezieht der also ein Teil der deutschen Genossenschaftsbewegung in der Tschechoslowakei ist, hat zu seinen bisher in Prag bestehenden zwei Verkaufsstellen eine dritte hinzugefügt, welche dieser Tage in Prag VII, Sternberkova ulice, in den Häusern der Baugenossenschaft der Bank- und Sparkassenbeamten eröffnet wurde. Damit ist die Möglichkeit der weiteren Ausbreitung der deutschen Genossenschaftsbewegung in Prag gegeben.

Auflassung eines Postamtes. Das Postamt Weckersdorf wird mit Ablauf des 31. Oktober 1923 aufgelassen. Die Gemeinde Weckersdorf und die Einschichten: Amerika, Rimbäuser, Schlegelhof, Waldhaus samt dem Jägerhause Weckersdorfer Jagelhäuser werden dem Postbezirk des Postamtes Großdorf bei Braunau zugeteilt.

Tödtliche Folgen einer Schwarzfahrt. Vorige Woche unternahm der Chauffeur der Firma Sarwig und Vogel in Bodenbach mit einigen Kollegen eine Schwarzfahrt nach Dresden. Bei einer Fahrt durch Dresden stieß das Auto an einen Straßenrand über an und wurde hierbei zertrümmert. Der Chauffeur war auf der Stelle tot. Die anderen Insassen des Autos erlitten mehr oder minder schwere Verletzungen. Wie festgestellt wurde, hat die Gesellschaft in einigen Lokalen stark gezecht, so daß der Chauffeur jedenfalls bei der Fahrt seiner Sinne nicht mehr voll mächtig war. Der Volksheld Alkohol hat auf diese Weise neue Opfer gefunden.

Eine Bluttat bei Franzensbad. Am Sonntag vormittags bemerkte der Lokomotivführer des von Aisch nach Eger fahrenden Personenzuges auf dem Geleise in der Nähe von Franzensbad einen Mann liegen. Der Zug wurde sofort zum Stehen gebracht. Der Mann, der auf den Schienen lag, — es ist der Arbeiter Schim mer aus Rastenberg bei Aisch — wies mehrere stark blutende Stichwunden auf und wurde im schwerverletzten Zustande ins Egerer Spital überführt. Es konnte bisher nicht ermittelt werden, ob es sich um eine Bluttat oder um einen Selbstmordversuch handelt.

Wetterbericht vom 16. Oktober. Nach Regen schauern, welche in Böhmien stellenweise von Gewittern begleitet werden, trat Abkühlung und stellenweise starke Abkühlung ein. Fast sämtliche Stationen in der Republik melden heute früh Frost. In Brünn sank die Temperatur auf — 1 Grad C. In Prag bildete sich Reif bei bloß 2 Grad C. Die Wetterlage ist noch nicht stabil. — Wahrscheinliches Wetter für heute: Bewölkungszunahme im Westen, Neigung zu Regenschauern, vorübergehend wärmer.

Prager Chronik.

Aus dem Polizeibericht.

Gestern vormittags wollte der Schlosserlehrling Franz K h in der Werkstätte der Firma F i s e r in den Weinbergen den Ruß in einem Kamine anzünden. In Brünn sank die Temperatur auf — 1 Grad C. In Prag bildete sich Reif bei bloß 2 Grad C. Die Wetterlage ist noch nicht stabil. — Wahrscheinliches Wetter für heute: Bewölkungszunahme im Westen, Neigung zu Regenschauern, vorübergehend wärmer.

Unübersehbarer Fleischpreise.

Die unübersehbar hohen Fleischpreise für die Zeit vom 16. bis 22. Oktober sind folgende: heimisches Rindfleisch: vorderes I. Qual. 15 K 50 h, II. Qual. 13 K; hinteres 18 K bzw. 15 K; ausländisches Rindfleisch, vorderes I. Qual. 11 K, II. Qual. 10 K; hinteres 14 K bzw. 12 K. Vorderes Kalbfleisch 16 K, hinteres Kalbfleisch 18 K 50 h; vorderes Schafschfleisch 11 K, hinteres 14 K; Schweinefleisch vorderes 17 K, hinteres 18 K 50 h.

Vater Goriot.

Von Honoré de Balzac.

Er durchschritt das Speisezimmer und folgte dem voranschreitenden Kammerdiener in den ersten Salon, dort sah er Posto vor einem Fenster, das auf den Hof ging. Er wollte sich vergewissern, ob es auch wirklich Vater Goriot gewesen war. Sein Herz klopfte laut, er dachte an Vautrins fürchterliche Schlässe. Vor der Salontür wartete der Kammerdiener auf Eugen, aber plötzlich trat ein eleganter junger Mann aus der Tür und sagte ungeduldig: „Ich gehe, Maurice. Sagen Sie der Gräfin, daß ich länger als eine halbe Stunde auf sie gewartet habe.“ Dieser Unverschämte, der vermutlich ein Recht auf seine Frechheiten hatte, trällerte einige italienische Verse und trat auf das Fenster zu, vor dem Eugen stand, mit der Absicht, den Studenten anzusehen und einen Blick in den Hof zu werfen.

„Der Herr Graf läßt besser, noch einen Augenblick zu warten, die gnädige Frau ist nun fertig.“ sagte Maurice mit der Absicht, sich ins Vorzimmer zurückzuziehen.

In diesem Augenblick stand Vater Goriot neben der Einfahrt, er hatte die Lieferantentreppe benutzt. Er war im Begriff, seinen Regenmantel aufzuspannen, ohne zu beachten, daß die Einfahrt durch einen jungen deforierten Mann, der einen eleganten leichten Wagen lenkte, besetzt war. Vater Goriot hatte nur Zeit zurückzuspringen, um nicht überfahren zu werden. Das Pferd hatte beim Anblick des schwarzen Schirmes geschreckt und einen Seitenprung gemacht. Förmig bremste der junge Mensch den Kopf um, sah Vater Goriot und grüßte. In diesem Gruß lag die erzwungene Achtung, die man seinen Gläubigern schuldet, oder der Respekt vor einem anrüchlichen Menschen,

Mus Natur und Technik.

Funkstationen für Rettungsboote. Wiederholt ist es vorgekommen, daß bei Schiffsunfällen Rettungsboote mit Passagieren, die durch Wind und Strom weit vertrieben waren, erst nach längerer Zeit aufgefunden werden konnten, was bei ihrer geringen Größe und der Unmöglichkeit, sich auf größere Entfernung bemerkbar zu machen, weiter nicht verwunderlich ist. Als besonderer Fortschritt für die Sicherheit der Passagiere großer Dampfer darf es deshalb begrüßt werden, daß neuerdings zwei drahtlose Stationen für Rettungsboote herausgebracht worden sind, eine kleiner lediglich für Telegraphie auf 50 bis 60 Kilometer Entfernung, und eine etwas kompliziertere Anordnung, die außerdem drahtlos telephonieren gestattet. Der Vorteil der kleineren Einrichtung liegt darin, daß ihre Bestandteile, der sendende Sender mit dem Wellenbereich 500 bis 600 Meter und der bewährte Detektor-Empfänger, sehr einfach und widerstandsfähig gebaut sind. Sie besitzt keine Batterien, bedarf also auch keiner Wartung. Hingegen ist die größere Station mit einem Nohrentender für Telegraphie und einer drahtlos-telephonischen Sendeeinrichtung versehen. Im Notfall kann mit dieser Einrichtung also auch eine Verständigung durch nicht des Meerens kundige Personen erfolgen.

Neues von der Milchstraße. Die Astronomie hat sich in neuester Zeit besonders dem Studium der Milchstraße zugewandt, weil ihr Aufbau und ihre Helligkeit wichtige Schlüsse auf das ganze Sternensystem zulassen. Zwei neue Veröffentlichungen, über die A. Kopff in den „Naturwissenschaften“ berichtet, bieten wertvolles Material. So hat die Sternwarte in Leiden die überaus sorgfältigen Zeichnungen der nördlichen Milchstraße herausgegeben, die Julius Schmidt schon früher als Direktor der Sternwarte zu Athen ausführte und die sich bisher unveröffentlicht in Potsdam befanden. Diese Karte, die zu den vorzüglichsten Darstellungen der Milchstraße gehört, enthält auch die südliche Milchstrahengegend, mit der sich neuerdings S. Bailey beschäftigt hat. Er machte auf der Sternwarte des Harvard College in Arcquipa zu Peru eine große Anzahl photographischer Aufnahmen der südlichen Milchstraße, die sich als eine der sterreichsten und hellsten herausstellte. Aus den für dieses Gebiet gemachten Sternzählungen geht hervor, daß das Phänomen der Milchstraße vorwiegend durch die starke Anhäufung sehr schwacher Sterne bedingt ist. Es zeigt sich, daß die kleineren Sterne, besonders von der 13. bis 15. Größenklasse, in der Milchstraße bei weitem am zahlreichsten sind, während noch schwächere Sterne dann allmählich wieder in geringerer Zahl auftreten. Man hat es hier mit einer ausgesprochenen Volksbildung zu tun. Ueberhaupt scheinen die dunklen, sternarmen Flächen der Milchstraße mit ganz sanft und unregelmäßig leuchtenden Nebelmassen erfüllt, auf deren abfordierende Wirkung im wesentlichen das Fehlen der Sterne zurückzuführen ist. Das außerordentlich vielfältige Aussehen der Milchstraße wird danach durch vorgelagerte absorbierende Wolken ganz wesentlich bestimmt.

Torffuerung auf Lokomotiven. Die Eisenbahn ist der größte Kohlenverbraucher. Vor dem Krieg war für sie in Deutschland immer ein Kohlenvorrat von vier Wochen vorhanden, der heute, durch die täglich anwachsende Kohlenknappheit nur für wenige Tage sichergestellt ist. Schon seit geraumer Zeit werden, um die Brennstoffnot der Bahnen zu mildern, Versuche angestellt, die Lokomotiven mit Torf zu heizen. Die Versuche sind, der „Technik für Alle“ zufolge, günstig ausgefallen, und es kommt jetzt nur darauf an, Torf in genügend großen Mengen zu gewinnen und, was die Hauptsache ist, ihn unabhängig von der Witterung schnell zu trocknen. Dies war früher nicht möglich, da es kein Verfahren gab, den Torf in wirtschaftlicher Weise maschinell zu trocknen. Man war vielmehr darauf angewiesen, ihn auf Feldern auszubreiten und von der Luft trocknen zu lassen. Um mit Erfolg zur Lokomotivtorffuerung ver-

wendet zu werden, muß der Torf auf getrocknet sein und eine handliche Form besitzen. Bei den mit luftgetrocknetem Torf angestellten Versuchen mußte außer dem Tender stets noch ein Wagen mitgenommen werden, um die zum Heizen nötige Menge mitzuführen zu können. Dadurch war außer dem Führer und dem Heizer noch ein bis zwei Mann nötig, um den Torf während der Fahrt zur Feuerbüchse zu bringen. Seitdem es aber gelungen ist, den Torf maschinell zu entwässern, und ihn in Breifelform mit einem der Steinbohle sehr nahe kommenden Heizwert zu bringen, fällt der Uebelstand des Vorratswagens und der damit verbundenen Personalvermehrung fort. In Deutschland gibt es etwa 25 Millionen Hektar Torfmoor von 32 Meter durchschnittlicher Tiefe. Das sind 80 Milliarden Kubikmeter Torf. Diese Ziffern zeigen, was für gewaltige Mengen Energie in Deutschland noch brach liegen. Denn man würde aus den vorhandenen Mooren zwölf Billionen Kilogramm Torfbriketts erhalten. Mit dieser Menge könnte man rund 120 Millionen Güterzüge die Strecke von Frankfurt a. M. nach Königsberg fahren lassen, und rund 8875 Jahre mühten vergehen, ehe alle Züge ihr Ziel erreicht hätten, wenn man annimmt, daß zwölf Züge in der Stunde in ununterbrochener Folge verkehren würden.

Gerichtssaal.

Die Zwangsjacke.

Ein „Aufsühr“-Prozess vor dem Prager Disziplinargericht.

Prag, 16. Oktober. Im Sommer dekretierte aus dem Garnisonsspital in Reichenberg der 27-jährige Wenzel P f a d a, der sich dort im Krankenstand befand. Der Doktor wurde aber wieder bald festgenommen und zu zehn Tagen Einzelarrest verurteilt. Als Pfada in den Arrest abgeführt werden sollte, weigerte er sich mit der Eskorte zu gehen und schlug einen großen Kravall. Dabei rief er dem herbeigeholten Oberleutnant Hajnowsky zu: „Schade, daß Sie so alt sind. Als ich in der Slowakei kämpfte, haben Sie sich im Hinterland herumgedrückt.“ Hajnowsky kam inzwischen noch zwei Offiziere zu Hilfe, die Pfada zu beruhigen suchten. Als sich Pfada aber nicht beruhigen wollte, da ihm nach seiner Ansicht Unrecht zugestanden wurde, befahl einer der Offiziere, die Zwangsjacke zu holen. Dieser Befehl löste im Zimmer, in dem sich 14 Soldaten befanden, eine ungeheure Erregung hervor, die sich in Umrufen überlegten Ausrufen Luft machte. Auf, wie: „Loh Dir das nicht gefallen!“ Das ist eine unglaubliche Schwärmeri und Willkür.“ Gebis ihm ein paar auf den Kopf!“ und andere mehr, schwärmten durch die Luft. Bei dieser Erregung der Soldaten zogen es die Offiziere vor, sich zurückzuziehen.

Pfada entfloß am nächsten Tage neuerdings und wurde in Prag festgenommen. Die 14 Soldaten, die bei den Standaß nun im Zimmer anwesend waren, reichten wegen der Behandlung Pfadas ein Beschwerde an das Nationalverteidigungsministerium ein, die sie all unterzeichneten.

Das Militärgericht erhob nun gegen die 14 Soldaten die Anklage wegen Aufsührs und Ungehorsamkeit ihrer Vorschriften. — Bei der heutigen Verhandlung waren drei Soldaten geladelt, die drohenden Ausrufe getan zu haben. Diese drei Soldaten wurden daher wegen Aufsührs zu je zwei Monaten Kerker unbedingte verurteilt. Die übrigen Angeklagten erhielten wegen Nichterhaltung ihrer Vorschriften Kerkerstrafen im Ausmaße von einer bis vier Wochen.

Das Schußgeleß in Täglichkeit.

Prag, 16. Oktober. Vor einem Strafrenat beim Prager Landesgericht hatte sich heute der 54-jährige Ottokar S. aus P r a g bei Unhöflichkeit wegen Verbrechens nach § 14 des Gesetzes zum Schutze der Repu-

lik zu verantworten. Ottokar S. ist Anwesenwalder — ein Auge verlor er in einem Gefecht in Galizien — und macht trotz des dicken Stoces, auf dem er sich stützen muß, einen sehr harmlosen, ungefährlichen Eindruck. Und sein Verbrechen, das sogar des Schußgeleß mobil machen muß? Die Anklage lautet: „Darüber folgendes: Ottokar S. hat auf dem Gutshof Jench bei Wafy eine Wohnung, deren Zins ihm vor kurzer Zeit um 100 Prozent o. höher wurde. S. hat nun in seiner Erregung über die Mietsteigerung an die Finanzbehörde einen Brief geschickt, in dem er die Republik einen „demokratisch-jüdisch-patriotischen“ Staat nannte und ihr Verrot an den allgemeinen Interessen der Arbeiterschaft vorwarf. In diesem Briefe sah der Staatsanwalt nach § 14 des Schußgeleßs eine Störung des allgemeinen Friedens und stellte Ottokar S. unter Anklage.“

Heute fand gegen S. die Verhandlung vor dem Lande gerichte statt. Die Verhandlung wurde über die Möglichkeit der Auslösung des Schußgeleßs zu erfahren, der sah sich enttäuscht. Die Verhandlung wurde nämlich geheim durchgeführt. Beford vielleicht die Gefahr, die Zuhörer und Journalisten könnten vom revolutionären Geiste des halbblinden, harmlosen Anwaltes angesteckt werden, er war sonst eine Veranstaltung zu befürchten — kurzum, vom Gange der Verhandlung konnte man nur soviel erfahren, daß der Angeklagte freigesprochen wurde. Der Staatsanwalt hat allerdings die Berufung eingelegt.

Wirtschaft und Sozialpolitik.

Die Tschechoslowakei und Jugoslawien.

Das wirtschaftliche Verhältnis zu Jugoslawien, von welchem von der Tschechoslowakei besonderes Gewicht gelegt wird, da ja Jugoslawien der nächste Verbündete der Tschechoslowakei und Mitglied der Kleinen Entente ist, hat sich in der letzten Zeit merklich verschlechtert. Als vor einigen Monaten die jugoslawische Währung, der Dinar, an den europäischen Börsen einen heftigen Rückschlag erfuhr, wurde das von jugoslawischen Wirtschaftspolitikern darauf zurückgeführt, daß von Seiten der tschechoslowakischen Bankamts in großen Mengen Dinars auf den Markt geworfen wurden, um den tschechischen Kronenkurs zu heben, was aber naturgemäß einen scharfen Rückgang des Dinars zur Folge hatte.

Man hätte glauben können, daß dies damals eine augenblickliche Verstimmung in den wirtschaftlichen Verhältnissen der beiden Staaten war, es zeigt sich aber, daß die tschechoslowakische Wirtschaftspolitik gegenüber Jugoslawien in den dortigen Kreisen der Wirtschaft dauernd einer scharfen Kritik unterworfen wird. Selbst die sonntägliche „Tribuna“ muß zugeben, daß es falsch wäre, die Animosität der jugoslawischen Öffentlichkeit gegenüber der Tschechoslowakei zu leugnen und daß die ungünstige Stimmung in der letzten Zeit stärker auftritt. So schrieb jüngst ein radikales Belgrader Blatt, die Tschechoslowakei betreibt eine aktive und rücksichtslose Politik der wirtschaftlichen Ausbeutung Jugoslawiens, und Jugoslawien werde „auf die Stufe einer tschechischen Kolonie erniedrigt“. Ein anderes Blatt hat sogar die Tschechoslowakei mit dem alten Oesterreich verglichen und die Tschechoslowakei als den bösen Feind Jugoslawiens hingestellt. Es schrieb nämlich: „Die Oesterreicher haben uns grob und gemein ausgeraubt, mit einem bösen und feindlichen Ausdruck im Gesicht, die Tschechen tun dasselbe mit einem lächelnden, indem sie uns brüderlich auf die Schulter klopfen.“ Dieses Blatt ist nicht etwa irgend ein oppositionelles Organ, son-

den man sich schämt. Vater Goriot nicht freundlich voller Gutmütigkeit. Schnell wie der Blitz war alles vorüber. Eugen war von seinen Beobachtungen zu sehr erfüllt, um zu bemerken, daß er nicht mehr allein im Zimmer war; plötzlich schlug die Stimme der Gräfin an sein Ohr: „Aber Maxime, Sie waren im Begriff zu gehen,“ sagte sie vorwurfsvoll mit leisem Aerger.

Die Gräfin hatte den einfahrenden Wagen nicht beachtet. Rastignac wandte sich schnell um und sah Frau von Restaud in einem leichten Schlafrock aus weichem Kaschmir mit rosa Schleifen, ihr Haar war locker aufgelockt, wie es die Pariserinnen gern am Morgen tragen; sie war wie in eine Parfümwolke eingehüllt und hatte wohl soeben ein Bad genommen, ihre Schönheit schien noch geschmeidiger und sinnlicher, ihre Augen hatten einen feuchten Glanz. Junge Leute haben ein scharfes Auge: wie eine Pflanze sich aus der Luft die für sie geeigneten Stoffe holt, so werden sie eins mit der geliebten Frau. Eugen empfand den Duft, der von den Händen der Frau ausging, ohne sie zu berühren. Unter dem Stoff sah er den rosigen Schimmer ihrer Haut, sein Auge blieb auf dem Ausschneit ihres Kleides faßen. Auf das Korsett konnte die Gräfin leicht verzichten, ein Gürtel umschloß ihre schlanke Taille, ihr Hals forderte Liebeslungen heraus, ihre reizenden Frühe steckten in zierlichen Pantöffelchen. Als Maxime ihre Hand nahm, um sie zu küssen, sah Eugen Maxime und die Gräfin Eugen an.

„Sie sind es, Herr von Rastignac, ich freue mich, Sie zu sehen,“ sagte sie in einer Weise, die kluge Menschen nicht mißverstehen können. Maxime sah Eugen und die Gräfin an, sein Blick war deutlich genug, um den Eindringling zu verschrecken. „Meine Liebe, ich hoffe, du wirst diesem Narren die Tür weisen,“ war unverkennbar in den Augen des frohen jungen Men-

sch zu lesen, den die Gräfin Maxime genannt hatte und den sie voller Hingabe und Unterwürfigkeit anfas. — Mit einem solchen Blick verateten Frauen ihre Geheimnisse unweigerlich. In Rastignac stieg ein Haßgefühl gegen den anderen auf. Maximes blondes sehr gepflegtes Haar hatte ihm erst bewiesen, wie ruppig er selbst ansah. Außerdem trug Maxime tadellose, elegante Stiefel, während die feinen, trotz aller Mühe, die er sich unterwegs gegeben hatte, einen schmutzigen Anstrich hatten. Maximes Gehrock unterstrich die Schlankheit seiner Figur und gab ihm etwas Weiblich-Geschmeidiges, während Eugen um halb drei Uhr mittags in einem schwarzen Anzug erschienen war. Der kluge Südländer empfand die Ueberlegenheit, die dieser schlanke Stutzer mit blassem Gesicht und klarem Auge seinem Anzug dankte. Er wirkte wie einer jener Menschen, die strupellos Waisen ins Unglück stürzen. Ohne Eugens Antwort abzuwarten, stüchtete sich Frau von Restaud gewissermaßen mit großem Flügel-schwung in den anderen Salon, sie ließ die langen Bahnen ihres Morgenrodes flattern, die sich zusammen- und wieder aufrollten und ihr das Aussehen eines Schmetterlings gaben. Maxime folgte ihr. Eugen fragte seinen Aerger in sich hinein und folgte Maxime und der Gräfin. So fanden sich denn die drei Menschen von dem hohen Ramin im großen Salon. Der Student empfand, daß er diesem widertwärtigen Maxime im Wege war, aber selbst auf die Gefahr, Frau von Restaud zu mißfallen, wollte er den Stutzer ärgern. Plötzlich besann er sich, ihn bereits bei Frau von Restaud gesehen zu haben, und erriet, was Maxime für Frau von Restaud bedeutete. Mit jener jugendlichen Kühnheit, die große Dummheiten oder große Erfolge erzeugt, sagte er sich: „Hier ist mein Nebenbuhler, ich will ihn aus dem Felde schlagen.“ Wie töricht! Er wußte nicht, daß Graf Maxime von Trailles sich beleidigen

ließ, den ersten Schuß im Duell hatte und seinen Gegner tötete. Eugen war ein geschickter Jäger, aber er hatte noch nicht bei zweiundzwanzig Schüssen zwanzigmal ins Schwarze getroffen. Der junge Graf warf sich in einen bequemen Stuhl neben den Ramin, ergriff den Schirrhaken und stocherte so wütend im Feuer herum, daß Anastasiens schönes Gesicht sich verfinsterte. Die junge Frau wandte sich zu Eugen und warf ihm einen jener kühlen, fragenden Blicke zu, die so deutlich sagen: „Warum geben Sie nicht?“ Unterzogene Menschen wissen auf diese Phrasen, die man Abgangsprachen nennen möchte, die richtige Antwort.

Eugen setzte sein lebenswürdiges Gesicht auf und sagte: „Gnädigste Gräfin, ich habe mich beeilt, Sie aufzusuchen, um . . .“

Er stochte, eine Tür ging auf, der Herr, der den Wagen gelenkt hatte, zeigte sich plötzlich ohne Hut. Ohne die Gräfin zu grüßen, sah er Eugen bekümmert an und reichte Maxime die Hand mit einem so brüderlichen Ausdruck, daß Eugen ihn betroffen ansah. Jüngere Provinzler ahnen nicht, wieviel Reize das Leben zu dritt hat.

„Herr von Restaud,“ sagte die Gräfin zum Studenten und wies auf ihren Gatten.

Eugen machte eine tiefe Verbeugung.

„Herr von Rastignac,“ fuhr sie fort und stellte Eugen dem Grafen Restaud vor. „Herr von Rastignac ist mit der Gräfin Beauféant durch die Marcellac verwandt, ich hatte das Vergnügen, ihn auf ihrem letzten Ball zu treffen.“

Mit der Gräfin Beauféant durch die Marcellac verwandt, diese Worte, die die Gräfin sehr nachdrücklich betont hatte, mit dem Ehrgeiz der Hausfrau, nur vornehmen Besuch bei sich zu empfangen, waren von magischer Wirkung. Der Graf gab seine kühle zeremonielle Art auf und grüßte den Studenten.

(Fortsetzung folgt.)

bern das Organ des jugoslawischen Ministers des Auswärtigen. Danach kann man sich die Heftigkeit, mit der die Jugoslawen in Liebe zu den Tschechen entbrannt sind, vorstellen und mag erweisen, daß die Freundschaft der Jugoslawen zur Tschechoslowakei auch nicht dauernder ist als Erz.

Die Renten-Mark.

Eine Zwischenlösung der deutschen Währungsfrage.

Auf Grund des Ermächtigungsgesetzes hat die deutsche Reichsregierung die Errichtung einer Rentenbank beschlossen. Die Rentenbank bleibt als gesetzliches Zahlungsmittel. Neben der Rentenbank ist daher in der von der deutschen Rentenbank ausgegebenen Rentenmark ein wertbeständiges Zahlungsmittel geschaffen, das von allen öffentlichen Kassen in Zahlung genommen werden wird. Die Rentenmark ist gesichert durch auf Goldmark lautende erstklassige Grundschulden auf den gesamten deutschen Grundbesitz und erstklassige Goldobligationen der Industrie, des Handels und der Banken. Sie ist jederzeit einlösbar gegen verzinsliche Goldrentenbriefe. Die deutsche Rentenbank wird von Vertretern der Landwirtschaft, der Industrie, der Gewerbes, des Handels und der Banken errichtet werden. Die Bank wird dem Reiche Zahlungsmittel im Betrag von 1,2 Milliarden zur Verfügung stellen. Gleichzeitig mit der Ausgabe der Rentenmark wird die Reichsbank die Diskontierung von Schatzanweisungen des Reiches einstellen. Dadurch wird die Inflationsquelle der Papiermark verstopft.

Der „Lokal-Anzeiger“ will bereits folgende Einzelheiten über das Währungsprojekt wissen: Das neue Geld, das den Namen „Renten-Mark“ führen wird, soll in Scheinen von 1, 2, 3, 5, 10, 20, 100 und 1000 Mark ausgegeben werden. Kleinere Stücke in Fernungen sollen geprägt werden, u. zw. mit einer Mischung von Aluminium und Messing. Sowohl der Druck der Scheine als auch die Prägung der Scheidemünzen ist bereits im Gange. Voraussichtlich wird das neue Geld in der ersten oder zweiten Novemberwoche in Umlauf gebracht werden. Die Errichtung der Rentenbank, als deren Gründer deren Aufsichtsrat gilt, soll noch diese Woche erfolgen.

Diese von der Reichsregierung beschlossenen Maßnahmen sind eine Zwischenstufe der endgültigen Lösung der Währungsfrage, die nur in der Rückkehr zur Goldwährung bestehen kann. Voraussetzung dieser endgültigen Regelung der Währungsfrage ist neben der Klärung der außenpolitischen Lage die Wiederherstellung der finanziellen und wirtschaftlichen Ordnung im Innern.

Kartell der Verbände der öffentlichen Angestellten im Deutschen Gewerkschaftsbund. Das Kartell der Verbände öffentlicher Angestellter im Deutschen Gewerkschaftsbund in der Tschechoslowakei hielt am 13. d. M. eine Sitzung ab. Den Hauptgegenstand der Beratungen bildeten die widersprechenden Nachrichten über einen von der Regierung beabsichtigten weiteren Abbau der Besätze der Staats- und öffentlichen Angestellten und Eisenbahnbediensteten. Trotz der mehrfachen bestehenden Versicherungen seitens verantwortlicher Beamter der Koalitionsparteien stehen die Staats- und öffentlichen Angestellten, sowie auch die Eisenbahnbediensteten nach den mehrfach gemachten schlimmen Erfahrungen dieser Frage mit dem größten Mißtrauen gegenüber, wenn auch freilich das Steigen der Indexziffer in der letzten Zeit den verantwortlichen Vertretern des Staates zeigen sollte, daß eine weitere Herabsetzung der Besätze der Staats- und öffentlichen Angestellten die Notlage dieser Schichten auf das Empfindlichste verschärfen müßte. Das Kartell der öffentlichen Angestellten gelangte demnach in seiner Beratung zu dem Ergebnis, sofort alle notwendigen Vorkehrungen zu treffen, um derartigen Vorschlägen, wenn sie versucht werden sollten, mit allen Kräften entgegenzuwirken.

Timmen tritt am 1. November zurück. In einer Sitzung des Sekretariates des Internationalen Gewerkschaftsbundes wurde beschlossen, daß der Sekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes, Timmen, der bereits vor einiger Zeit seine Demission gegeben hat, sein Amt am 1. November niederlegen soll.

Verbleibende Löhne in Goldmark. Zwischen dem allgemeinen Arbeiterverband und den Gewerkschaften in Danzig ist ein Abkommen getroffen worden, nach dem die Lohnabläufe in Industrie- und Gewerkschaften erfolgen sollen. Dieser rechnete man nach dem Goldfennig, der aufgrund des Dollarkurses und des Tenrunindex festgestellt wurde. Mit der Einführung der Industrie- und Gewerkschaften werden die Grundlöhne für ungelernte Arbeiter für die ersten beiden Wochen von 22 Pfa. auf 35 Pfa. erhöht. Später soll eine Erhöhung auf 37 und dann auf 39 Pfa. erfolgen. Gelernte Arbeiter erhalten einen Zuschlag von 10 Prozent.

Devisenkurse.

Prager Kurze am 16. Oktober.

Table with 3 columns: Currency, Gold, and Mark. Includes entries for 100 Schilling, 100 Rubel, 100 Belg. Francs, etc.

Die tschechische Krone notiert in:

Table with 2 columns: Currency and Mark. Includes entries for Reich, Tschech., and others.

Züricher Schulkurve am 16. Oktober.

Table with 3 columns: City, Gold, and Mark. Includes entries for Paris, London, Berlin, etc.

Vorträge.

„Die Theorie des Glücks.“ Vortrag Wilhelm Ostwalds in der „Urania.“ Ostwald gehört zu den ordnenden, klassifizierenden, systemisierenden Geistern, die Leben, Welt und äußere Erscheinungen auf einfache Formeln bringen wollen. Vereinfachen, begreifen, Energie sparen. Hierher gehört Ostwalds Theorie über Energie, hieher seine Propaganda für das Esperanto, die Weltgespräch, seine Farbentheorie und unter diesem Gesichtspunkte ist auch seine „Theorie des Glücks“ zu begreifen. Nach seiner Theorie haben alle Lebensnotwendigkeiten die Neigung, sich aus biologischen Gründen in Leben z. glück zu verwandeln. Zunächst die zwei rein animalischen: Essen und Liebe. Beim Kulturmenschen dann auch noch Arbeit und Anerkennung. Bei Betrachtung der Betätigung des Menschen unterscheidet er dann eine aus freiem Willen, die nennt er E und eine widerwillige, die nennt er W. Und nun entsteht Glück, wenn die Summe der E größer ist als jene der W. Er leidet das in eine mathematische Formel: G = k (W + E) (W - E). k ist dabei ein Faktor, bei dem das Bewußtwerden der Vorgänge eine Rolle spielt, denn ohne Bewußtsein weder Glück noch Unglück. Bei Diskussion der Formel ergibt sich dann: Für k = 0 wird G auch 0, dies ist der Fall bei Kindern. Für E groß darf auch W groß sein, daher suchen Personen mit viel überschüssiger Energie auch freiwillig Gefahren oder Beschwerden auf („Heldenstück“). Wird E klein, kann man G auf einer bestimmten Höhe erhalten, wenn man W verkleinert. Dies geschieht entweder faktisch beim Philister oder bloß in der Einbildung: Alkohol, Religion. Beim Paralytiker wird W = 0, daher bei ihm ein Gefühl von Glückseligkeit. Beim Neurotiker wird W = wenn auch nur in der Einbildung — sehr groß. Daher seine Unglücksgefühle. Ein erkenntlicher Ausblick in die Zukunft ist, daß, wie schon erwähnt, aus biologischen Gründen W in E übergeht, Lebensnotwendigkeit in Lebensglück, ein Uebergang, der eben bei der Notwendigkeit der Arbeit stattfindet, daß so mit die Glücksmöglichkeit des Kulturmenschen wächst.

O. D.

Literatur.

Otto Glöckel: „Die österreichische Schulreform.“ Verlag der Wiener Volksbuchhandlung, Wien VI., Gumpendorferstraße 18. (Preis Ks 6000.—) Eine meisterhaft knapp gehaltene und dabei doch lückenlose Geschichte des österreichischen Schulwesens seit 1918 legt der Verfasser in diesem Büchlein der Öffentlichkeit vor. Zur Lösung dieser Aufgabe waren bei Glöckel Voraussetzungen vorhanden, wie sie sonst selten zu finden sind. Einerseits war er, der aus dem Lehrerstande hervorgegangen ist, mit den Fachleuten immer in enger Fühlung und hat es stets verstanden, eine Reihe fähiger Schulmänner zu seinen engsten Mitarbeitern zu machen. Andererseits betrachtet er als Politiker das Ringen um die Neugestaltung der Schule nicht nur mit dem Auge des Fachmannes, sondern von einer höheren Warte schauend, gliedert er diesen Kampf ein in das große Ringen zwischen Reaktion und Fortschritt, das gegenwärtig das ganze politische Leben beherrscht. Aber gerade dadurch wird das Buch nicht nur für die Lehrerschaft von Bedeutung, sondern für jeden, der für das geschichtliche Werden, für die kulturelle Entwicklung Interesse hat. Nach einem kurzen Rückblick auf das Schulwesen vor 1918 wird die Leitung des Unterrichtsministeriums unter Leitung Glöckels, Preiskaisers und Schneiders berichtet. Ganz sachlich, immer auf Zahlenmaterial gestützt, wird über die Tätigkeit eines jeden Ministers Bericht erstattet. In knapper Form werden nichts als Tatsachen berichtet. Es wird aufgezeigt, wie die sozialdemokratische Regierung das große Werk der Schulreformierung von der Volks- bis zur Hochschule begann und wie die nachfolgenden bürgerlichen Regierungen das begonnene Werk sabotierten. Die Einwände der Schulreformgegner werden Punkt für Punkt vorge-

bracht und streng sachlich widerlegt. Und besser als die schärfste Anklage des Verrates der bürgerlichen Regierungen an den Kindern wirkt die Gegenüberstellung der Leistungen des Wiener Stadtschulrates für die Schulreform. Zum ersten Mal in der Geschichte können Sozialdemokraten in einem großen Gemeinwesen die Erziehung in ihrem Sinne zum Wohle der Gesamtheit regeln. Weit über die Grenzen des kleinen Österreich hinaus soll dieses Buch Kunde tragen, was die Sozialdemokratie dort, wo sie über die hierzu notwendige Macht verfügt, für Kultur und Kind leistet.

Kunst und Wissen.

Volksfreundliche und volksfeindliche Konzerte.

Die Manfosität im Konzertsaal ist in der Großstadt genau so groß wie im Musikleben der Provinz. Unter der Fülle der zahllos bestehenden Konzerte sind hier wie dort zwei Hauptarten zu unterscheiden: Volksfreundliche Konzerte, die sich an die Allgemeinheit des Volkes wenden und dessen Musikbedürfnisse Rechnung tragen, und volksfeindliche, die für einen engeren Kreis einer bevorzugten Menschenklasse bestimmt und daher bestrebt sind, deren musikalischen Sonderwünschen entgegenzukommen; diese daher unerschwinglich im Preise für den Mittelstand und Arbeiter, jene volkstümlich einsehbar in ihren Eintrittsfordernissen.

Die wahre Kunst geht gerade meist von den volksfreundlichen Konzerten aus. Zu den volksfreundlichen Konzerten des heurigen Prager Konzertjahres gehörte vor allem das zweite Konzert des Berliner Domchors, das zu volkstümlichen Preisen stattfand, einen vollen Saal erzielte und klassische Chorgefangskunst in vollkommener Weise vermittelte, umsonst, als die Berliner Sänger an diesem Abend bei weitem passionierter sangen, als das erstmal. Auch der vom Prager deutschen Volksbildungsinstitute „Urania“ ins Werk gesetzte Wiederabend des volkstümlichen Dresdener Meisterjüngers Rüdiger mit dem Deutschprager Kapellmeister Dr. Chih als mischopferischem Begleiter am Flügel gestaltete sich zu einem außerordentlich populären Kunstereignisse. Das zweite und dritte Konzert des Sirtinischen Chores war nur im römisch-katholischen Sinne volkstümlich; die Leistungen der römischen Kirchenmänner unterschieden sich in nichts von den anfänglich ihres ersten Konzertes gewürdigten Darbietungen. Das Virtuose als Hauptnote ihrer Chorgefangskunst kam in Werken von Valsestra, Orlando Lasso, Marenzio, Josquin Dupres usw. auch hier zum Ausdruck. Volkstümlich hätte ein Klavierabend des dänischen Pianisten Nielsen sein können, wenn dessen Kunst auf einer reiferen technischen Stufe gestanden wäre. Dagegen gab der Wiener Klavier-Meisterlehrer Prof. Sauer in seinem Konzerte der großen Öffentlichkeit ein Musterbeispiel reifsten pianistischen Könnens.

Gar zu gerne hätten wir die phänomenale Gesangskunst des Negertenor's Hayes auch den weiteren Kreisen des Volkes erschlossen gesehen; denn dieser gottbegnadete Sänger ist ebenso ein Stimmwunder der Natur wie ein Wunder höchster Gesangskultur. Und da für die Bildung des Volkes das Beste gerade gut genug ist, hätte auch der Violin-Sonatenabend des Meistergeigers Marteau mit Alexander Zemlinsky als gleichwertigem, wenn auch hie und da selbständiger als notwendig hervortretenden Partner am Flügel eine volkstümlichere Aufmachung vertrauen. Ebenso hätten sich die vier klassischen Quartette des Wiener Rose-Quartetts, die schon wegen ihrer musikalisch überaus feinen Programminteilung im höchsten Maße musikalisch wertvoll waren, mehr an die weiteren Volkskreise wenden sollen. Daß der tschechische Geigenkönig Kubelik der populärster Künstler seiner Kunst ist, bewies sein jüngstes konzertmäßiges Auftreten, bei dem er zum erstenmal sein fünftes Violinkonzert spielte und sich mit diesem beachtenswerten, namentlich am Schlufflage gefund slawisch geschriebenen Werke demonstrativen Beifall erzielte. Als Pianist des jüdischen Volksliedes wirkte der ausgezeichnete russische Baritonist und Oberkanstor Jakob Lehmann in einem Konzerte, dessen Vortragsordnung fast ausschließlich aus mustergültig bearbeiteten ostjüdischen Liedern bestand.

Edwin Janetschek.

Spielplan des Neuen Theaters. Heute Mittwoch Gastspiel Pepi Glöckner-Kramer „Die kleine Sünderin“, morgen Donnerstag Wiederauffüh-

lung von „Salome“. Freitag neu:instudiert „Mignon“, Samstag und Sonntag bei aufgehobenem Abonnement „Madi“.

Urania.

Heute 5 Uhr. „Handfertigkeitsturne Prof. Pruscha. Ort: Nikolanderrealschule. Heute 8 Uhr. „Die Probleme der Gegenwart“. Dr. v. Groschoppf. Karten 10—4, Mitgl. 8—3 K.

„Ganz Pflücker-Abend“ Freitag, den 19. 8 Uhr. Gesang: Eida Lau. Am Klavier: Prof. Hans Pflücker. Karten 15—4, Mitgl. 13—3 K. „Segelflug einst und jetzt“ mit Lichtbildern. Dr. Hildebrandt. Berlin. (Veranstaltet gemeinsam mit dem Verband „Deutscher Flieger“) Samstag, den 20. halb 8 Uhr. Ort: Saal XX, „Deutsche Technik“. Karten 6 und 3, Mitgl. 5 u. 2 K. Zu dem Vortrag Dr. Wüllerer, Samstag, den 20., 8 Uhr, Uranialaaf, stehen unseren Mitgliedern ermäßigte Karten zur Verfügung.

„Egmont“ Erster Urania-Klassiker-Vorstellung im „Neuen Deutschen Theater“ Samstag, den 20., viertel 3 Uhr nachmittags. Bedeutend ermäßigte Preise. Ritzsche Karten Logen 16—44. Sitzplätze 2,50—10 K Uranialaaf und Nikolander-Realschule. 1921

Aus der Partei.

Bezirksorganisation Prag. Heute Mittwoch, den 17. Oktober, acht Uhr abends, im Restoran: „Gedenks Kreuzel“, Rejzanka, Jahreshauptversammlung der Bezirksorganisation mit politischem sowie organisatorischem Jahresbericht und Neuwahlen der Bezirksvertretung. Erscheinen aller Genossen erforderlich.

Bezirkskonferenz Wüldstein der sozialdemokratischen Gemeindevertreter. Sonntag, den 21. Oktober 1923 findet um Punkt 9 Uhr vormittags in Otto Strámskýs Gasthaus in Steingrub eine Konferenz aller sozialdemokratischen Gemeindevertretungsmitglieder des gesamten Bezirkes Wüldstein statt. Tagesordnung: Unsere Aufgaben in der Gemeinde und Freie Aussprache.

Turnen und Sport.

Die Arbeiter-Olympiade 1924. In Frankfurt a. M. fand dieser Tage ein Kongreß der Arbeiterverbände unter Teilnahme Finnlands, der Tschechoslowakei, Belgiens, Italiens, Griechenlands, Polens, Ungarns, Jugoslawiens, Deutschlands und Österreichs statt. Es wurde einhellig beschlossen im Jahre 1924 in Frankfurt a. M. Olympische Spiele für Arbeiter zu veranstalten, welche alle durch die Arbeiterschaft betriebenen Disziplinen umfassen werden.

Der tschechoslowakische Ausschuss für die Olympischen Spiele teilt mit: Am 13. und 14. Oktober hielt die Vollversammlung des internationalen Ausschusses für die Olympischen Spiele in Lausanne ihre Herbstberatungen ab, in denen sich auch der Vorsitzende des tschechoslowakischen Ausschusses für die Olympischen Spiele, Dr. St. Guth Jarosovský, beteiligte. In der Kommission wurden alle außerordentlich wichtigen Fragen, besonders die Pariser Spiele im Jahre 1924, behandelt und das Programm des Prager Kongresses im Juni 1925 in seinen Grundzügen festgelegt. Der Kongreß dauert wahrscheinlich acht Tage und während seiner Dauer wird auch die übliche Jahresitzung des internationalen Ausschusses stattfinden.

D. F. C. Prag spielt Sonntag gegen Slavia Prag. — Sparta spielt Samstag gegen den Rukský S. A. und Sonntag in Teplicy gegen den T. F. R. 1908.

Mittel'ngen aus dem Sublimum.

Das Beste für Ihre Augen liefert Optiker Deutsch, Prag, Graben 23, Kl. Wasser.

Herausgeber: Dr. Ludwig Czoch und Karl Cermak. Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei Prag. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß. Für den Druck verantwortlich: C. Solta.

Als Redakteur

wird ein Parteigenosse gesucht, der der tschechischen Sprache vollkommen mächtig ist, ebenso die Stenographie beherrscht. Genossen mit journalistischer Praxis wird bevorzugt. Bewerbungen sind unter N. N. 100 an die Verwaltung des „Sozialdemokrat“ einzusenden. 1843



«Berson» Achten Sie genau auf Schutzmarke und Namen. Weisen Sie Nachahmungen zurück!

Berson-Gummiabsätze und -Sohlen